



H1 2018

HALBJAHRESFINANZBERICHT

HALBJAHRESFINANZBERICHT 2018

DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND IM ÜBERBLICK

1 Wesentliche Bilanzpositionen

in Mio. Euro	30.06.2018	31.12.2017
Aktiva		
Kommunalkredite	12.540,9	13.250,0
Andere Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	3.373,2	4.895,2
Wertpapiere	2.518,8	6.176,2
Passiva		
Pfandbriefe	14.182,2	15.728,2
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	3.790,2	7.880,6
Eigenkapital	628,2	665,0
Bilanzsumme	18.871,9	24.625,0

2 Wesentliche GuV-Positionen

in Mio. Euro	30.06.2018	30.06.2017
Zins- und Provisionsüberschuss	37,4	30,6
Verwaltungsaufwendungen (inkl. AfA)	-14,0	-16,7
Risikovorsorge inkl. Wertpapierergebnis	36,2	-14,1
Ergebnis	63,3	-0,1

3 Sonstige Angaben

	30.06.2018	30.06.2017
Mitarbeiter (Durchschnittszahl)	75	78
Cost-Income-Ratio in %	37,4	54,6



DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND GmbH
Charlottenstraße 82 | 10969 Berlin

Telefon (030) 25 598-0

Telefax

Allgemein (030) 25 598-200

Backoffice (030) 25 598-204

Treasury (030) 25 598-340

Internet www.dexia.de

HRB Berlin-Charlottenburg 194542 B

INHALT

ORGANE DER BANK	7
ZWISCHENLAGEBERICHT	9
Grundlagen	9
Wirtschaftsbericht	10
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	10
Geschäftsverlauf	14
Lage	14
Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf	19
Ereignisse nach dem Stichtag	19
Prognosebericht	20
Chancen- und Risikobericht	20
Risikomanagementsystem	20
Risiken	23
Zusammenfassende Darstellung der Risikosituation	30
Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem	30
ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30. JUNI 2018	33
Verkürzte Bilanz zum 30. Juni 2018	34
Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2018	36
Verkürzter Anhang	38
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	39

ORGANE DER BANK

AUFSICHTSRAT

Laurent Bouscharain

Managing Director Dexia Crédit Local S. A., Dublin Branch
Global Head of Financial Market Assets Dexia S. A.
Deputy Head of Assets Dexia S. A.
Vorsitzender

Prakash Advani

Head of Group Strategy & Structuring Dexia S. A.
Stellvertretender Vorsitzender

Eric Bouthors

Bankangestellter der
Dexia Kommunalbank Deutschland GmbH

Benoît Debroise

Member of the Management Board of
Dexia S. A. with responsibility for funding and markets
Member of the Management Board of
Dexia Crédit Local S. A. with responsibility
for funding and markets
Deputy Chief Executive Officer of Dexia Crédit Local S. A.

Stefanie Gregorius

Bankangestellte der
Dexia Kommunalbank Deutschland GmbH

Jürgen Jung

Consultant

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Friedrich Munsberg

Geschäftsführer Markt
Sprecher

Laurent Fritsch

Geschäftsführer Marktfolge

TREUHÄNDER

Victor von Bothmer

Rechtsanwalt

Wolfgang Rips

Gutachter, Berater und Auditor



ZWISCHENLAGEBERICHT

GRUNDLAGEN

Profil der Dexia-Gruppe

Die Dexia-Gruppe ist eine europäische Bankengruppe, die sich seit Ende 2011 in einer Phase des geordneten Abbaus ihrer Vermögenswerte befindet. Die Staaten Belgien und Frankreich halten 99,6 % des Aktienkapitals der Gruppe.

Der Restrukturierungsplan der Dexia-Gruppe, der im Dezember 2012 von der Europäischen Kommission genehmigt wurde, hat zum Ziel, eine Insolvenz und Liquidation der Gruppe zu vermeiden, da diese angesichts der Restgröße der Gruppe für den gesamten europäischen Bankensektor destabilisierend sein könnte.

Als bedeutende Bank im Sinne der SSM-Rahmenverordnung unterliegt die Dexia-Gruppe seit dem 4. November 2014 der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank im Rahmen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism). Die Muttergesellschaft der Gruppe, die Dexia S. A., ist eine an der Euronext Brüssel notierte Aktiengesellschaft und Finanzholdinggesellschaft nach belgischem Recht.

Per 30. Juni 2018 beschäftigt die Dexia-Gruppe 808 Mitarbeiter. Die Dexia Crédit Local S. A. ist das wichtigste operative Gruppenunternehmen der Dexia-Gruppe. Sie ist Begünstigte der von den Staaten Belgien, Frankreich und Luxemburg zur Umsetzung des Restrukturierungsplans bereitgestellten Refinanzierungsgarantie in Höhe von bis zu 85 Milliarden Euro. Die Dexia Crédit Local S. A. ist eine in Frankreich zugelassene Bank mit Niederlassungen in Irland, den USA und Spanien sowie Tochtergesellschaften in Deutschland und Italien, die im Besitz von lokalen Banklizenzen sind.

Die Dexia-Gruppe hat sämtliche kommerziellen Aktivitäten eingestellt und konzentriert sich ausschließlich auf die Verwaltung ihrer verbliebenen Aktiva, hauptsächlich Kommunal- und Staatskredite, unter Wahrung der Interessen ihrer staatlichen Eigentümer und Garantiegeber. Hierzu hat die Gruppe drei Hauptziele formuliert:

- › Erhalt der Fähigkeit zur Refinanzierung der Aktiva über die gesamte Phase des geordneten Vermögensabbaus,
- › Erhalt der Kapitalbasis zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen,
- › Sicherstellung der operativen Kontinuität durch Bewahrung der notwendigen Expertise und Ressourcen sowie durch die angemessene Entwicklung der Informationssysteme.

Profil der Dexia Kommunalbank Deutschland

Die Dexia Kommunalbank Deutschland ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Dexia Crédit Local S. A., der Hauptgesellschaft der Dexia-Gruppe, über ihre Niederlassung in Dublin. Sie gehört damit einer Bankengruppe an, die sich zu 99,6 % im Besitz der Staaten Belgien und Frankreich befindet. Mit ihrer Bilanzsumme von 18,9 Milliarden Euro zum 30. Juni 2018 ist die Bank die größte Tochtergesellschaft der Dexia Crédit Local S. A.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland profitiert von

- › dem Letter of Support (Patronatserklärung) der Dexia Crédit Local S. A., mit dem diese sich verpflichtet sicherzustellen, dass die Bank zu jeder Zeit ihren Verpflichtungen nachkommen und die Anforderungen der deutschen Bankenaufsicht erfüllen kann,
- › sonstiger technischer und organisatorischer Unterstützung durch die Dexia-Gruppe.

Gemäß dem von der Europäischen Kommission Ende Dezember 2012 genehmigten Plan zur Restrukturierung der Dexia-Gruppe ist für die Dexia Kommunalbank Deutschland ein geordneter Abbau der Vermögenswerte ohne Neukreditgeschäft vorgesehen. Angesichts des nicht geringen Anteils langfristiger Aktiva am gesamten Forderungsbestand der Bank wird sich dieser Prozess über einen langjährigen Zeitraum erstrecken.

Der Fokus der Geschäftsaktivitäten der Dexia Kommunalbank Deutschland liegt weiterhin auf der Verwaltung, Bewirtschaftung und Refinanzierung des umfangreichen Wertpapier- und Kreditportfolios mit folgenden Schwerpunkten:

- › Erhalt der operativen Stabilität und Vermeidung operativer Risiken in einem Umfeld zunehmender regulatorischer Ansprüche,
- › Optimierung des Refinanzierungsmix zur Sicherung vorteilhafter Refinanzierungskosten und zur Verbreiterung der Refinanzierungsbasis,
- › Bewahrung der Kostendisziplin sowohl bei den Personals als auch bei den Sachkosten.

Verkauf eines Wertpapierportfolios

In Abstimmung mit den zuständigen Gremien der Dexia-Gruppe und dem Aufsichtsrat der Bank hat die Dexia Kommunalbank Deutschland im 1. Quartal 2018 ein Portfolio bestehend aus

- › 108 Wertpapieren über nominal 3,6 Milliarden Euro sowie
 - › 104 zugehörigen Sicherungsgeschäften (Swaps)
- an die Dexia Crédit Local S. A., Dublin Branch, verkauft.

Das Portfolio enthält zu 75,5 % Anleihen aus Italien, ferner Anleihen aus den Ländern Portugal (15,0 %), Japan (6,0 %) und den USA (3,5 %).



Land	Nennwert		Anzahl der Wertpapiere
	in Mio. Euro	in %	
Italien	2.691,9	75,5	95
Portugal	536,1	15,0	4
Japan	213,1	6,0	6
USA	125,0	3,5	3
Gesamt	3.566,1	100,0	108

Der Verkauf des Portfolios ist Teil der Strategie der Dexia-Gruppe zum Vermögensabbau, die der Dexia Crédit Local S. A., Dublin Branch, die Rolle des primären europäischen Kompetenzzentrums für Wertpapiere im Bestand der Gruppe zuweist. Aufgrund ihrer bewährten Expertise spielt die Dexia Crédit Local S. A., Dublin Branch, eine Schlüsselrolle in der Unterstützung des Asset Managements der Dexia-Gruppe.

Ziel des Portfolioverkaufs ist eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Dexia Kommunalbank Deutschland, insbesondere eine Verminderung von Konzentrationsrisiken im Kreditgeschäft sowie eine Verbesserung von Kapitalstruktur und Risikotragfähigkeit.

Der Verkauf des Portfolios wurde im März 2018 abgeschlossen.

Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalallokation innerhalb der Dexia-Gruppe

Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung

In einer am 15. März 2018 abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung beschloss die Dexia Crédit Local S. A. als alleinige Aktionärin die formwechselnde Umwandlung der Bank von einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die formwechselnde Umwandlung der Bank hatte trotz Kontinuität des Rechtsträgers eine Diskontinuität der Organstellungen zur Folge. Aus diesem Grund waren die Geschäftsführer der formgewechselten Dexia Kommunalbank Deutschland GmbH und der Aufsichtsrat zu bestellen.

Zu Geschäftsführern wurden die Mitglieder des bisherigen Vorstands, Friedrich Munsberg und Laurent Fritsch, bestellt.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden die Mitglieder des bisherigen Aufsichtsrats, Laurent Bouscharain (Vorsitzender), Prakash Advani (stellvertretender Vorsitzender), Eric Bouthors, Benoît Debroise, Stefanie Gregorius und Jürgen Jung, bestellt.

Mit Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (HRB 194542 B) am 16. März 2018 trat die Umwandlung der Bank in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Kraft.

Ausschüttung einer Zwischendividende in Höhe von 100 Millionen Euro

In einer weiteren, am 29. März 2018 abgehaltenen außerordentlichen Gesellschafterversammlung beschloss die Dexia Crédit Local S. A. die Ausschüttung einer Zwischendividende in Höhe von 100 Millionen Euro an die Dexia Crédit Local S. A.

Nach Vorliegen der erforderlichen Genehmigung durch den Rat der Europäischen Zentralbank wurde die Zwischendividende im Mai 2018 an die Dexia Crédit Local S. A. überwiesen.

Die Ausschüttung der Zwischendividende in Verbindung mit der Umwandlung der Bank in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung dient dem Ziel, die Kapitalallokation innerhalb der Dexia-Gruppe zu optimieren.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Als US-Präsident Donald Trump am 1. März 2018 auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus die Einführung von Sonderzöllen auf den Import von Stahl- und Aluminiumprodukten in die USA ankündigte, war dies der Auftakt zu einer Spirale aus protektionistischen Maßnahmen und Gegenmaßnahmen, die bereits zur Jahresmitte das Ausmaß eines globalen Handelsstreits erreichte. Als erstes Land traf es China, das Anfang April 2018 von den USA mit einem Sonderzoll von 25 % auf Stahl- und 10 % auf Aluminiumimporte belegt wurde. Mit Beginn des Junis wurde diese Aktion auf die Länder der EU sowie Kanada und Mexiko ausgedehnt. Alle betroffenen Staaten und auch die EU reagierten umgehend mit der Einführung eigener Schutzzölle, was die Trump-Administration wiederum veranlasste, mit weitergehenden Maßnahmen zu drohen, etwa einer Sonderabgabe von 20 % auf Autoimporte. Den vorläufigen Höhepunkt des Handelsstreits markierten die USA am 6. Juli 2018 mit der Aktivierung weiterer Sonderzölle auf chinesische Produkte im jährlichen Importwert von 34 Milliarden US-Dollar. Blicke es bei den bis zu diesem Zeitpunkt in Kraft getretenen Maßnahmen, wären die Auswirkungen auf die Wirtschaft der Eurozone relativ gering. Angesichts der von Trump ausgesprochenen Drohungen ist jedoch die Gefahr einer weiteren Eskalation des Handelsstreits nicht von der Hand zu weisen.

Die Gefahr nachhaltiger Wachstumsverluste infolge steigender protektionistischer Barrieren hinterließ an den besonders sensiblen Aktienmärkten deutliche Kursdellen. In Europa fielen zum 30. Juni 2018 der Eurostoxx 50 und der deutsche DAX-Index gegenüber ihren Höchstständen im 1. Halbjahr um 7,5 % auf 3.395 Punkte bzw. um 9,2 % auf 12.306 Punkte zurück. Nicht wesentlich geringer waren in den USA die vergleichbaren Abschlüsse beim Dow-Jones-Index (-8,8 %) und beim S&P 500 (-5,4 %).

Parallel hierzu trübten sich wichtige europäische Frühindikatoren ein, die noch zu Jahresbeginn eine Fortsetzung der guten 2017er Wachstumswahlen signalisiert hatten. Der Economic Sentiment Indicator (Eurozone) der Europäischen Kommission fiel im Berichtszeitraum von 114,7 auf 112,3 Punkte. Vergleichsweise stärker noch sank der als Konjunkturbarometer ebenfalls vielbeachtete Einkaufsmanager-Index „IHS Markit Composite (Eurozone)“, und zwar von 58,8 auf 54,9 Punkte. Und schließlich zeichnete in Deutschland der führende ifo-Geschäftsklimaindex mit einem Rückgang von 105,0 auf 101,8 Punkte ebenfalls das Bild einer nachlassenden Wirtschaftskraft.

Bei einer Anhörung im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments am 9. Juli 2018 warnte EZB-Präsident Mario Draghi vor den negativen Folgen zunehmender globaler Abschottungstendenzen für die Konjunktur und betonte, dass die Risiken für den wirtschaftlichen Ausblick der Eurozone vor allem mit der Gefahr eines steigenden Protektionismus zusammenhängen. Bereits auf der Pressekonferenz am 14. Juni 2018 nach der EZB-Ratssitzung in Riga hatte Draghi die auf 2,1 % (März 2018: 2,4 %) verminderte Wachstumsprognose der EZB für das reale 2018er Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone vorgestellt, zugleich aber die Konjunkturrisiken noch als weitgehend ausgewogen bezeichnet.

Grund für die Prognosesenkung der EZB war vor allem das enttäuschende BIP-Wachstum der Eurozone von lediglich 0,4 % im 1. Quartal 2018 (4. Quartal 2017: 0,7 %). Während in der Einzelbetrachtung Spanien mit einem Zuwachs von immerhin 0,7 % überraschte, lagen die drei anderen großen Euro-Länder Deutschland, Frankreich und Italien mit einem Plus von jeweils 0,3 % unter dem Durchschnittswert.

In Italien zwang das Ergebnis der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen vom 4. März 2018 die Finanzmärkte zu einer Neubewertung der wirtschaftlichen Perspektiven des Landes. Als Sieger der Wahl überraschten mit „Movimento 5 Stelle“ (+7,1 % auf 32,7 %) und „Lega“ (+13,3 % auf 17,3 %) zwei Parteien, die in ihrer Radikalität den linken bzw. rechten Rand des politischen Spektrums verkörpern, zugleich aber eine populistische und eurokritische Haltung vertreten. Nach einigem Hin und Her einigten sich die Parteichefs Luigi Di Maio (5 Stelle) und Matteo Salvini (Lega) Anfang Juni 2018 auf eine Regierungskoalition, die vom zuvor völlig unbekanntem, parteilosen Rechtsprofessor Giuseppe Conte als Premierminister angeführt wird. Das Regierungsprogramm der neuen Regierung umfasst kostspielige Vorhaben, wie etwa deutliche Steuersenkungen, eine weitgehende Rücknahme der letzten Rentenreform sowie ein Grundeinkommen für Arbeitslose, deren Realisierung die mit der EU vereinbarten Defizitgrenzen sprengen und die ohnehin hohe italienische Staatsverschuldung von 133,4 % des BIP (31. März 2018) erheblich ausweiten würde.

An den Kapitalmärkten führten die Ereignisse in Rom zu heftigen Reaktionen. Ein wichtiger Maßstab für die Kreditwür-

digkeit Italiens, die Prämie für Credit Default Swaps (CDS) zur Absicherung fünfjähriger italienischer Staatsanleihen, schnellte in der Spitze auf 287 bp, nachdem sie vor der Parlamentswahl noch bei rund 100 bp notiert hatte. Die Rendite zweijähriger Staatstitel erreichte am 29. Mai 2018 gar den Höchstwert von 2,77 % (-0,18 % vor der Wahl). Zur späteren Beruhigung der Sätze trug bei, dass Conte nach Regierungsantritt ein Bekenntnis zum Euro abgab und erklärte, „den Euro zu verlassen, stand nie zur Diskussion“. Ende Juni 2018 notierten die erwähnte CDS-Prämie bei 219 bp und die Rendite zweijähriger Staatstitel bei 0,69 %.

Am 23. Juni 2018 jährte sich zum zweiten Mal der Tag der Brexit-Entscheidung der britischen Bevölkerung im Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU. Nachdem lange Zeit kein klares Konzept für die Gestaltung des Austritts erkennbar war und die Gefahr eines ungeordneten „hard Brexit“ wuchs, gaben der EU-Verhandlungsführer Michel Barnier und der britische Brexit-Minister David Davis am 19. März 2018 bekannt, sich auf eine 21-monatige Übergangsphase nach dem offiziellen Brexit-Termin Ende März 2019 geeinigt zu haben. Weitere Zeit verging, ohne dass der Brexit-Plan der Regierung klarere Konturen erhalten hätte, bis Premierministerin Theresa May am 12. Juli 2018 in einem überraschenden Schachzug ihr Weißbuch mit dem Titel „Die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union“ vorlegte. Darin ist auf rund 100 Seiten der neuartige Plan beschrieben, wonach Großbritannien zwar formal die EU-Zollunion und den EU-Binnenmarkt verlassen soll, gleichzeitig aber in einer Art Freihandelszone für Waren und Güter mit der EU verbunden bleibt und nur hierfür den freien Zugang zum Binnenmarkt behält. Die Briten würden demnach Zölle im Güterverkehr gemäß den Regeln der EU erheben und nach Brüssel abführen, womit das Hauptproblem bisheriger Überlegungen, der mögliche Wegfall des bisherigen Zollregimes an der Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland, gelöst wäre. Dienstleistungen sollen nicht unter die Freihandelsregelung fallen, sodass britische Banken den vereinfachten EU-Zugang verlieren würden. Zudem hält der Plan an dem Ziel fest, dass Großbritannien die souveräne Kontrolle über die Einwanderung ebenso wie die Freiheit zum Abschluss eigener Handelsabkommen zurückerhält und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes verlässt. Die neue Linie der Premierministerin stieß auf wütende Proteste der Verfechter der reinen Brexit-Lehre und führte zum spontanen Rücktritt von Außenminister Boris Johnson und Brexit-Minister David Davis. Abzuwarten bleibt, ob Mays Plan die Mehrheit des britischen Parlaments erhält und schließlich auch von der EU akzeptiert wird.

Ein weiteres wichtiges Thema auf europäischer Ebene war die Diskussion über den Weg zu einer Vertiefung der Integration innerhalb der Europäischen Union. Bekanntlich hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bereits im September 2017 seine Vorstellungen hierzu vorgelegt. Kurz darauf präsentierte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel



Macron in seiner berühmten Rede an der Pariser Universität Sorbonne die Vision von einer „Neugründung der EU“. Darin findet sich ein ganzer Katalog von Initiativen, etwa die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsbudgets oder die Einrichtung eines umfangreichen steuerfinanzierten Haushalts für die 19 Euroländer, um gemeinsame Investitionen zu ermöglichen und Stabilität im Krisenfall zu gewährleisten.

Zwei Tage vor der Sorbonne-Rede, am 24. September 2017, war bei der Wahl zum deutschen Bundestag die zuvor komfortable Mehrheit der regierenden Koalition aus Union und SPD von 67,2 % auf nur noch 53,4 % geschrumpft. Nach der anfänglichen Weigerung der SPD, für eine Fortsetzung der Koalition mit der Union zur Verfügung zu stehen, und dem Scheitern der Sondierungsgespräche zur Bildung einer „Jamaika-Koalition“ aus Union, FDP und Grünen, begannen Anfang Januar 2018 – auf Drängen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier – Union und SPD mit Sondierungsverhandlungen und danach mit Koalitionsverhandlungen, die am 7. Februar 2018 mit der Vorlage eines Koalitionsvertrags abgeschlossen wurden. Auf Wunsch der SPD musste dieser noch am 4. März 2018 von den SPD-Mitgliedern gebilligt werden, was schließlich mit einer Mehrheit von 66,0 % geschah. Am Tag darauf schlug der Bundespräsident Angela Merkel für die Wiederwahl zur Bundeskanzlerin vor. Am 14. März 2018, 171 Tage nach dem Wahltermin, war die längste Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik mit der Kanzlerwahl Merkels und der Vereidigung ihres Kabinetts abgeschlossen.

Am 3. Juni 2018 konkretisierte Merkel erstmals die deutschen Reformpläne für Europa, am 19. Juni 2018 einigte sie sich mit Macron beim deutsch-französischen Gipfel zu Schloss Meseberg auf einen gemeinsamen Fahrplan zur verstärkten europäischen Integration, darunter

- › den Start einer Investitionsoffensive in Europa ab dem Jahr 2021 im Rahmen der bisherigen Haushaltstrukturen (kein separates Euro-Budget),
- › den Ausbau des bestehenden Euro-Rettungsschirms ESM zu einem Europäischen Währungsfonds, um den Euro besser gegen neue Finanzkrisen schützen zu können, und
- › die Schaffung strengerer Regeln zur Risikominderung im Bankensystem (für notleidende Kredite, Insolvenzregeln, Bekämpfung der Geldwäsche etc.). Der ESM soll künftig als letztes Auffangnetz bei Bankinsolvenzen einspringen.

Konkrete Beschlüsse zur Realisierung dieser Pläne wurden Ende Juni 2018 vom zuständigen Europäischen Rat zunächst auf den Dezember 2018 vertagt.

Abseits vom politischen Geschehen fand die im Vorjahr zu beobachtende Stabilität bei den Ratings der Euro-Staaten auch im Berichtszeitraum ihre Fortsetzung. Hervorzuheben ist, dass alle drei großen Ratingagenturen die positive wirtschaftliche Entwicklung Spaniens mit einer Hochstufung ihrer Ratings honorierten: Standard & Poor's und Fitch von BBB+ auf A– und Moody's von Baa2 auf Baa1. Im Mai 2018 bestätigte Moody's die Aa2-Ratingnote Frankreichs, verbesserte aber den Ausblick von „stabil“ auf „positiv“. In der Begründung verwies Moody's auf die ambitionierten und weitreichenden Reformprogramme der französischen Regierung zur Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsaussichten des Landes sowie auf die Selbstverpflichtung zur Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel einer schrittweisen Reduzierung der Staatsverschuldung. Umgekehrt senkte Moody's im selben Monat den Ausblick für sein Italien-Rating von „negativ“ auf „unter Beobachtung für eine mögliche Herabstufung“. Als Hauptgründe für diese Entscheidung führte die Agentur das Risiko einer Schwächung der italienischen Haushaltsdisziplin angesichts der Pläne der neuen Regierung und die Gefahr einer Verzögerung oder gar Umkehrung struktureller Reformen an. Der europäische Club der „reinen“ AAA-Staaten Europas, deren Anleihen von allen drei großen Agenturen mit der Höchstnote ausgestattet werden, besteht unverändert aus den sieben Ländern Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden und der Schweiz. ▶ 4

Im Juli 2018 veröffentlichte die EU-Statistikbehörde Eurostat die Schuldendaten der Eurozone zum 31. März 2018, wonach der aggregierte Bruttoschuldenstand geringfügig auf 86,8 % des BIP (31. Dezember 2017: 86,7 %) anstieg. Spitzenreiter beim Bruttoschuldenstand sind weiterhin Griechenland (180,4 %), Italien (133,4 %) und Portugal (126,4 %). Sowohl Italien als auch Portugal verzeichneten im Quartalsvergleich einen Schuldenzuwachs und zwar von 1,6 bzw. 0,7 Prozentpunkten. In ihrem im April 2018 beschlossenen Stabilitätsprogramm bekräftigte die deutsche Bundesregierung das Festhalten an einem Haushalt ohne Neuverschuldung. Spätestens im Haushaltsjahr 2019 soll die deutsche Schuldenquote von 62,9 % (1. Quartal 2018) wieder unter die im Maastricht-Vertrag festgelegte Höchstmarke von 60 % des BIP sinken.

Der ebenfalls von Eurostat veröffentlichte harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) der Eurozone erreichte im Juni 2018 mit 2,0 % den Zielbereich der EZB (Dezember 2017: 1,4 %). Hauptverursacher des Anstiegs waren vor allem die Energiepreise, in geringerem Maße auch die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen. Die EZB bezeichnete die Preisentwicklung als „insgesamt gedämpft“, konstatierte jedoch zunehmenden Druck aus erhöhter Kapazitätsauslastung und steigenden Löhnen. Für das Gesamtjahr 2018 erwartet die EZB einen HVPI-Wert von 1,7 %. Auf exakt diesem Niveau lag zur Jahresmitte mit 1,73 % die von der EZB zur Messung der mittelfristigen Inflationserwartungen bevorzugte „5Y plus 5Y Forward Inflation Swap Rate“ (fünfjähriger

4 Ratings ausgewählter Länder

	Standard & Poor's		Moody's		Fitch	
	30.06.2018	31.01.2018	30.06.2018	31.01.2018	30.06.2018	31.01.2018
Länder der Eurozone						
Belgien	AA	AA	Aa3	Aa3	AA-	AA-
Deutschland	AAA	AAA	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Frankreich	AA	AA	Aa2	Aa2	AA	AA
Italien	BBB	BBB	Baa2	Baa2	BBB	BBB
Luxemburg	AAA	AAA	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Niederlande	AAA	AAA	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Österreich	AA+	AA+	Aa1	Aa1	AA+	AA+
Portugal	BBB-	BBB-	Ba1	Ba1	BBB	BBB
Spanien	A-	BBB+	Baa1	Baa2	A-	A-
Andere Länder						
UK	AA	AA	Aa2	Aa2	AA	AA
USA	AA+	AA+	Aaa	Aaa	AAA	AAA
Japan	A+	A+	A1	A1	A	A

Quelle: Bloomberg

inflationsexistierter Termin-Swapsatz in fünf Jahren) (31. Dezember 2017: 1,72 %).

Auf der erwähnten EZB-Ratssitzung vom 14. Juni 2018 in Riga beließ die EZB den Leitzins erwartungsgemäß auf dem seit März 2016 gültigen Niveau von null Prozent. Zugleich kündigte sie das Ende der Anleihekäufe unter dem erweiterten Asset Purchase Programme (APP) an. Bis Ende September 2018 will sie weiterhin jeden Monat 30 Milliarden Euro für den Kauf zusätzlicher Anleihen ausgeben. Danach sollen die Nettokäufe auf monatlich 15 Milliarden Euro sinken und ab dem Jahresende 2018 vollständig eingestellt werden. Ungeachtet dessen plant die EZB, anstehende Fälligkeiten aus dem APP-Bestand „so lange wie notwendig“ zu reinvestieren.

Die von der EZB unter dem APP insgesamt erworbenen Wertpapierbestände erhöhten sich im Berichtszeitraum um 7,4 % auf 2.455 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 2.286 Milliarden Euro). Sie verteilten sich wie folgt auf die vier Unterprogramme:

- › PSPP: 2.012 Milliarden Euro,
- › CBPP3: 254 Milliarden Euro,
- › CSPP: 162 Milliarden Euro,
- › ABSPP: 27 Milliarden Euro.

Dass sich die EZB trotz des geplanten Ausstiegs aus dem APP mit der nächsten Leitzinserhöhung Zeit lassen will, verdeutlichte die Wortwahl bei der „Forward Guidance“ für die künftige Zinspolitik. Sie erwarte „unveränderte Zinsen mindestens bis zum Sommer 2019 und in jedem Fall so lange, bis sich eine Rückkehr der Inflation auf den erwarteten nachhaltigen Anpassungspfad abzeichnet“.

Die erwartete konjunkturelle Beruhigung in der Eurozone sowie die zwei Leitzinserhöhungen der US-Notenbank Fed im

1. Halbjahr 2018 übten einen gewissen Druck auf den Kurs des Euro aus. Nachdem er bei einem Stand von 1,20 USD in das Jahr 2018 gestartet war, erreichte er Anfang Februar 2018 seinen Höchstkurs von 1,25 USD und beschloss den Berichtszeitraum mit einem Wert von 1,17 USD.

Angesichts der stetigen EZB-Zinspolitik traten die Zinssätze am Euro-Geldmarkt praktisch auf der Stelle. Gegenüber dem Stand zum Jahresbeginn stieg der 3-Monats-Euribor zum 30. Juni 2018 um lediglich einen Basispunkt auf -0,32 %.

Zehnjährige Bundesanleihen, die Benchmark für europäische Staatsanleihen, rentierten zur Jahresmitte 2018 bei 0,32 % (31. Dezember 2017: 0,43 %), während zweijährige Bundestitel den Berichtszeitraum mit einer Rendite von -0,67 % (-0,63 %) abschlossen.

Nach dem starken Rückgang im Vorjahr zogen die Konditionen für unbesicherte Mittelaufnahmen der Banken wieder an. Abzulesen war dies am iTraxx Senior Financials Europe-Index für 30 europäische Finanzinstitute (durchschnittliche Prämie für fünfjährige Credit Default Swaps auf erstrangige unbesicherte Verbindlichkeiten), der im 1. Halbjahr 2018 von 43 bp auf 89 bp anstieg.

Das im Berichtszeitraum platzierte Covered-Bond-Neuemissionsvolumen im Euro-Benchmark-Format (ab Emissionsvolumen von 500 Millionen Euro, einschließlich Aufstockungen) lag mit 87,5 Milliarden Euro um 12 % über dem Vorjahreswert. In der Länderwertung führen Frankreich und Deutschland mit einem Emissionsanteil von jeweils 19 % vor den skandinavischen Ländern (17 %) und den Niederlanden (10 %).

Nach den Zahlen der Bundesbankstatistik verminderte sich der Absatz Öffentlicher Pfandbriefe zum 30. Mai 2018 (aktuellere Zahlen liegen nicht vor) gegenüber demselben



Vorjahreszeitraum um 30,6 % auf 3,6 Milliarden Euro, während der Umlauf von 152,9 Milliarden Euro (31. Dezember 2017) auf 142,9 Milliarden Euro sank (–6,6 %).

GESCHÄFTSVERLAUF

Im Einklang mit dem Ende Dezember 2012 von der Europäischen Kommission genehmigten Plan zur geordneten Restrukturierung der Dexia-Gruppe hat die Dexia Kommunalbank Deutschland im 1. Halbjahr 2018 kein Neukreditgeschäft betrieben.

Neugeschäft in Form von Prolongationen von bestehenden Darlehen wurde im 1. Halbjahr 2018 nicht abgeschlossen.

Als wichtigste Geschäftstransaktion hat die Bank im März 2018 ein Wertpapierportfolio im Nennwert von rund 3,6 Milliarden Euro veräußert (siehe auch „Verkauf eines Wertpapierportfolios“).

Zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken setzt die Bank derivative Geschäfte ein. Im Berichtszeitraum wurden neue Derivategeschäfte im Nominalvolumen von 95,0 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: 30,0 Millionen Euro) abgeschlossen.

Das zum 30. Juni 2018 bestehende Volumen an Zins- und Zinswährungsswaps ergibt sich aus Tabelle > 5.

5 Derivative Geschäfte

Nominal in Mio. Euro	30.06.2018	31.12.2017
Zins- und Zinswährungsswaps	31.229,3	44.227,4

Das Verhältnis von Derivatevolumen zu Bilanzsumme betrug 165,5 % (31. Dezember 2017: 179,6 %).

Die Kreditäquivalenzbeträge der Zins- und Zinswährungsswaps nach der Marktbewertungsmethode gemäß Artikel 274 Capital Requirements Regulation (CRR) erhöhten sich zum Bilanzstichtag auf 1.617,5 Millionen Euro (31. Dezember 2017: 1.240,7 Millionen Euro). Die Sicherheitsleistungen (Collateral) zur Besicherung von Derivateexposures beliefen sich per Saldo auf 1,5 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 3,2 Milliarden Euro).

LAGE

ERTRAGSLAGE

Zins- und Provisionsergebnis

Das Zinsergebnis des 1. Halbjahres 2018 belief sich auf 38,3 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: 31,5 Millionen Euro) und lag damit um 6,8 Millionen Euro über dem Vorjahreswert.

Wesentlicher Grund für die Verbesserung war der im Zinsergebnis enthaltene Ergebnisbeitrag in Höhe von 16,3 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: 7,6 Millionen Euro) aus der vorzeitigen Beendigung von derivativen Geschäften.

Positiv wirkte sich ferner aus, dass die Bank im Berichtszeitraum in größerem Umfang kostengünstige Einlagen bei ihrer Muttergesellschaft Dexia Crédit Local S. A. aufnehmen konnte (siehe auch „Finanz- und Liquiditätslage“).

Wie im Vorjahr wurden im Berichtszeitraum keine Handelsbuchgeschäfte abgeschlossen.

Das Provisionsergebnis von –0,9 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: –0,9 Millionen Euro) enthält im Wesentlichen Aufwendungen für anteilige Verwaltungsgebühren für verbürgte Darlehen, gezahlte Depotgebühren und Gebühren für das Wertpapierleihegeschäft.

Insgesamt ergab sich ein Zins- und Provisionsüberschuss in Höhe von 37,4 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: 30,6 Millionen Euro). > 6

Verwaltungsaufwand

Bei einem von 77 (31. Dezember 2017) auf 75 Mitarbeiter reduzierten Beschäftigungsstand sank der Personalaufwand geringfügig um 1,2 %.

Der Sachaufwand verringerte sich dagegen im Vorjahresvergleich deutlich um 20,7 % auf 10,2 Millionen Euro. Der Rückgang ist im Wesentlichen zurückzuführen auf gesunkene Beiträge zur Einlagensicherung sowie niedrigere Rechts- und Projektkosten.

Ein weiterer Grund ist der auf 14,6 Millionen Euro gesunkene Beitrag zum Restrukturierungsfonds (Bankenabgabe) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach 15,2 Millionen Euro im Vorjahr. Die Bank machte erneut von der Möglichkeit Gebrauch, 15 % (2,2 Millionen Euro) des Zahlbetrags durch Abgabe einer unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Single Resolution Board abzudecken und als sonstigen Vermögensgegenstand zu aktivieren. Von den verbleibenden 12,4 Millionen Euro wurden zum 30. Juni 2018 anteilig 6,2 Millionen Euro als Sachaufwand gebucht.

6 Entwicklung wesentlicher GuV-Positionen

	30.06.2018 in Mio. Euro	30.06.2017 in Mio. Euro	Veränderung in %
Zinserträge	1.479,3	1.110,6	33,2
Zinsaufwendungen	-1.440,9	-1.079,1	33,5
Zinsüberschuss	38,3	31,5	21,5
Provisionsergebnis	-0,9	-0,9	-3,5
Zins- und Provisionsüberschuss	37,4	30,6	22,3
Personalaufwand	-3,6	-3,6	-1,2
Andere Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-10,2	-12,8	-20,7
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-0,2	-0,2	-3,9
Verwaltungsaufwand	-14,0	-16,7	-16,2
Teilbetriebsergebnis	23,4	13,9	68,6
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	3,7	0,1	>100,0
Risikovorsorge	36,0	-14,3	>100,0
Wertpapierergebnis	0,1	0,2	-40,7
Betriebsergebnis	63,3	-0,1	>100,0
Steueraufwand	0,0	0,0	0,0
Ergebnis	63,3	-0,1	>100,0

Unter Berücksichtigung von Wertminderungen des Anlagevermögens (AfA) von 0,2 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: 0,2 Millionen Euro) sank der gesamte Verwaltungsaufwand um 16,2 % auf 14,0 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: 16,7 Millionen Euro).

Das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Zins- und Provisionsüberschuss (Cost-Income-Ratio) verbesserte sich auf 37,4 % (Vorjahreszeitraum: 54,6 %).

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Im Berichtszeitraum wurde eine in der Vergangenheit vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung auf das bankeigene Objekt Charlottenstraße 82 storniert. Der Betrag der Zuschreibung beläuft sich auf 3,6 Millionen Euro und wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Risikovorsorge

Die saldierte Risikovorsorge des 1. Halbjahres 2018 betrug 36,0 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: -14,3 Millionen Euro). Sie beinhaltet im Wesentlichen die vollständige Auflösung der Rücklagen gemäß § 340f HGB (34,4 Millionen Euro) sowie Gewinne aus der vorzeitigen Rückzahlung von Öffentlichen Pfandbriefen (5,7 Millionen Euro).

Aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuches resultierte kein Verpflichtungsüberschuss.

Wertpapierergebnis

Das Wertpapierergebnis in Höhe von 0,1 Millionen Euro enthält das saldierte Einlösungsergebnis aus Fälligkeiten von Wertpapieren des Anlagevermögens. Aufgrund dauernder Wertminderungen vorzunehmende Abschreibungen auf Titel des Anlagevermögens sind nicht enthalten, da sie nicht notwendig waren.

Betriebsergebnis vor Steuern

Das Betriebsergebnis vor Steuern belief sich auf 63,3 Millionen Euro (Vorjahreszeitraum: -0,1 Millionen Euro).

Steuern

Aktive latente Steuern aus temporären Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden nicht gebucht, da der voraussichtliche Ausgleich dieser Differenzen nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit absehbar ist.

FINANZ- UND LIQUIDITÄTSLAGE

Der Ausweis der Öffentlichen Namenspfandbriefe verringerte sich im Berichtszeitraum um 0,4 Milliarden Euro auf 11,9 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 12,3 Milliarden Euro). Grund für den Rückgang waren planmäßige Fälligkeiten und die Ausübung von Schuldnerkündigungsrechten. Zudem kaufte die Bank im Rahmen der Marktpflege eigene ausstehende Öffentliche Pfandbriefe über 0,2 Milliarden Euro zurück.

Der Ausweis von Inhaberpfandbriefen sank um 1,2 Milliarden Euro auf 2,3 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 3,5 Milliarden Euro).

Der gesamte Ausweis an Pfandbriefen erreichte somit 14,2 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 15,7 Milliarden Euro), was 75,1 % (31. Dezember 2017: 63,9 %) der Bilanzsumme entsprach.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen auf 2,4 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 6,7 Milliarden Euro) zurück. > 7



7 Entwicklung wichtiger Passiv-Bilanzposten

	30.06.2018	31.12.2017	Veränderung
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Namenspfandbriefe	277,3	291,2	-4,8
Andere Verbindlichkeiten	2.393,4	6.660,2	-64,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.670,8	6.951,4	-61,6
Namenspfandbriefe	11.587,7	11.965,1	-3,2
Andere Verbindlichkeiten	1.396,7	1.220,4	14,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.984,4	13.185,5	-1,5
Öffentliche Pfandbriefe	2.317,2	3.471,9	-33,3
Sonstige Schuldverschreibungen	10,0	10,2	-1,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.327,2	3.482,0	-33,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	10,0	20,0	-50,0
Genussrechtskapital	0,0	14,3	-100,0
Gezeichnetes Kapital	432,5	432,5	0,0
Rücklagen	132,5	399,4	-66,8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	63,3	-166,9	-137,9
Eigenkapital	628,2	665,0	-5,5
Sonstige Passiva	251,3	294,6	-14,7
Bilanzsumme	18.871,9	24.625,0	-23,4

Der Bestand an Wertpapierpensionsgeschäften reduzierte sich deutlich auf 104,7 Millionen Euro (31. Dezember 2017: 2,2 Milliarden Euro), die ausschließlich mit der Dexia Crédit Local S. A. abgeschlossen wurden.

Zum 30. Juni 2018 nahm die Bank weiterhin keine Offenmarktkredite der Deutschen Bundesbank (31. Dezember 2017: 0,0 Euro) in Anspruch.

Zum 30. Juni 2018 belief sich die verfügbare Kreditlinie der Dexia Kommunalbank Deutschland bei der Deutschen Bundesbank aus verpfändeten Wertpapieren auf 514,9 Millionen Euro. Zugleich befanden sich weitere unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 317,1 Milliarden Euro im Bestand der Bank.

Zum Ende des Berichtszeitraums summierte sich der Bestand der Bank an besicherten Refinanzierungsmitteln in Form von Öffentlichen Pfandbriefen und anderen besicherten Mittelaufnahmen auf 14,0 Milliarden Euro, was 74,3 % (31. Dezember 2017: 71,4 %) der Bilanzsumme entsprach.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen auf 1,4 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 1,2 Milliarden Euro).

Zur Jahresmitte belief sich der Bestand an Sicht- und Termineinlagen sowie Schuldscheindarlehen von Nichtbanken auf 1,1 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 0,9 Milliarden Euro). Zugleich betrug das Volumen an Einlagen der Dexia Crédit Local S. A. 0,8 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 3,3 Milliarden Euro). Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen aus dem gesunkenen Liquiditätsbedarf infolge des Verkaufs des Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro (siehe auch „Verkauf eines Wertpapierportfolios“).

Die Entwicklung der gesamten Refinanzierungsstruktur (ohne Cash Collateral) der Bank ergibt sich aus Tabelle [8](#).

Insgesamt war die Liquiditätssituation der Dexia Kommunalbank Deutschland aufgrund ihres hohen Bestands an deckungsfähigen und zentralbankfähigen Forderungen guter Bonität in Verbindung mit einem aktiven Einlagengeschäft weiterhin auskömmlich.

Die Bank ist unverändert in das zentrale Liquiditätsmanagement der Dexia-Gruppe eingebunden.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die von der Dexia Crédit Local S. A. am 28. Februar 2011 ausgestellte Patronatserklärung eine rechtsverbindliche Zusage enthält, mögliche Liquiditätsengpässe der Dexia Kommunalbank Deutschland auszugleichen.

8 Entwicklung der Refinanzierungsstruktur (ohne Cash Collateral)

	30.06.2018		31.12.2017	
	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in %
Öffentliche Pfandbriefe	13.919,5	83,6	15.422,9	67,5
Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertpapierpensionsgeschäfte mit Kreditinstituten	104,7	0,6	1.941,1	8,5
davon gegenüber Dexia-Gruppe	104,7	0,6	1.450,1	6,3
Wertpapierpensionsgeschäfte (Eurex-Repo)	0,0	0,0	212,5	0,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	879,9	5,3	3.346,6	14,7
davon gegenüber Dexia-Gruppe	785,0	4,7	3.250,0	14,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.101,1	6,6	908,1	4,0
Sonstige (einschließlich Eigenmittel)	648,2	3,9	709,3	4,4
Gesamt	16.653,5	100,0	22.540,6	100,0

Die Berechnung der Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) erfolgt gemäß der CRR in Verbindung mit der Delegierten Verordnung zur LCR. Die Kennzahl berechnet das Verhältnis freier qualifizierter liquider Aktiva zu den nach vorgegebenen Regeln ermittelten Nettoliquiditätsabflüssen in der Einmonatsfrist nach dem Meldestichtag. Die im Berichtszeitraum einzuhaltende Mindestquote wurde zum 1. Januar 2018 von 0,8 auf 1,0 erhöht; die Liquiditätsdeckungsquote der Dexia Kommunalbank Deutschland schwankte zwischen 1,14 und 2,57.

Darüber hinaus berechnet die Bank die risikounabhängige Verschuldungsquote (Leverage Ratio – LR) gemäß der CRR in Verbindung mit der Delegierten Verordnung zur LR. Diese Kennziffer stellt – vereinfacht ausgedrückt – das Verhältnis des regulatorischen Eigenkapitals eines Instituts zum Geschäftsvolumen dar. Sie betrug per 30. Juni 2018 3,43 %.

Derzeit besteht für die Leverage Ratio keine verbindliche Untergrenze. Diese soll nach aktuellem Stand frühestens ab 2019 (ggf. sogar erst ab 2021) gelten und mindestens 3 % betragen.

Die Vorschrift zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen nationalen Liquiditätskennzahl entsprechend der Liquiditätsverordnung (LiqV) ist ab dem 1. Januar 2018 für Kreditinstitute, die die Anforderungen zur LCR gemäß CRR einhalten müssen, nicht mehr anzuwenden.

Pfandbriefumlauf und Pfandbriefdeckung

Der Gesamtbetrag der in Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe verminderte sich zum 30. Juni 2018 auf 13,9 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 15,4 Milliarden Euro). Zugleich sank der Bestand der zur Deckung verwendeten Werte in der Deckungsmasse auf 14,5 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 16,7 Milliarden Euro).

Zum 30. Juni 2018 betrug die nominale Überdeckungsquote 4,34 % (31. Dezember 2017: 8,31 %), die barwertige Überdeckungsquote (Verhältnis des Barwertes der Deckungsmasse

zum Barwert des Pfandbriefumlaufs) 12,42 % (31. Dezember 2017: 17,10 %). Grund für die Herabsetzung der Überdeckungsquote war die verbesserte Qualität der Deckungsmasse aufgrund des Verkaufs eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro im 1. Quartal 2018.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland folgt der Empfehlung des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp), die Regeln des vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodells anzuwenden. Mit dem vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodell hat der vdp ein Verfahren erarbeitet, das die Anrechnung von Staatsforderungen mit einem Non-Investmentgrade-Rating in der Deckungsrechnung durch ratingabhängige Abschläge begrenzt. Zum 30. Juni 2018 ergaben sich keine Abzugspositionen nach dem vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodell.

Der Anteil von Deckungsforderungen aus Deutschland an der gesamten Deckungsmasse stieg auf 75,4 % (31. Dezember 2017: 68,0 %). In der weiteren Rangfolge folgten Forderungen aus Belgien mit 7,1 % (6,3 %), Österreich mit 6,8 % (6,0 %) und Italien mit 4,4 % (13,5 %). Der Anteil der Forderungen gegen Zentralstaaten verringerte sich auf 5,5 % (31. Dezember 2017: 12,4 %) und der Anteil der Forderungen gegen örtliche Gebietskörperschaften auf 23,9 % (26,3 %), während der Anteil der Forderungen gegen regionale Gebietskörperschaften auf 66,9 % (58,1 %) anstieg. Forderungen gegen sonstige Schuldner machten 3,7 % (3,2 %) der Deckungsmasse aus.

Die Ratingagentur Standard & Poor's vergibt für die Öffentlichen Pfandbriefe der Dexia Kommunalbank Deutschland GmbH unverändert ein Rating von A (Ausblick stabil).

Im Juli senkte Scope Ratings das Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der Bank aufgrund der verringerten Überdeckung um eine Stufe von AA– auf A+ mit stabilem Ausblick.



VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme der Dexia Kommunalbank Deutschland verringerte sich gegenüber dem Vorjahresresultimo um 5,8 Milliarden Euro oder –23,4 % auf 18,9 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 24,6 Milliarden Euro).

Bei den Forderungen an Kreditinstitute reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten der Bestand an Kommunalkrediten auf 0,2 Milliarden Euro. Die anderen Forderungen an Kreditinstitute schmolzen im Wesentlichen aufgrund des Abbaus der in Form von Barzahlungen gegebenen Sicherheitsleistungen (Cash Collateral) zur Besicherung von Derivateexposures und Wertpapierpensionsgeschäften auf 3,2 Milliarden Euro ab. [9](#)

Aufgrund planmäßiger Fälligkeiten kam es zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden um 0,6 Milliarden Euro auf 12,6 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 13,2 Milliarden Euro).

Im Wesentlichen aufgrund des Verkaufs eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro (siehe auch „Verkauf eines Wertpapierportfolios“) ermäßigte sich der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen um 3,7 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 6,2 Milliarden Euro).

Der Anteil des Bestands an Anleihen und Schuldverschreibungen an der Bilanzsumme reduzierte sich dadurch deutlich auf 13,3 % (31. Dezember 2017: 25,1 %), der Anteil der Darlehen an der Bilanzsumme erhöhte sich zugleich auf 67,7 % (31. Dezember 2017: 54,6 %).

Der gesamte Bestand an in- und ausländischen Forderungen gegen Schuldner der öffentlichen Hand (Staatskreditgeschäft) verminderte sich um 3,8 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 18,2 Milliarden Euro). Dies entsprach einem Anteil an der Bilanzsumme von 76,1 % (31. Dezember 2017: 74,1 %).

Eigenmittel

Gemäß den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) ist in der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel nur ein unterjährig eingetretener Verlust zu berücksichtigen. Dieser betrug 0,0 Millionen Euro per 30. Juni 2018. Das Kernkapital reduzierte sich zum 30. Juni 2018 auf 556,9 Millionen Euro (nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2017: 664,6 Millionen Euro).

Innerhalb des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1 oder CET1) blieb das gezeichnete Kapital unverändert, die Rücklagen wurden im Zuge der Umfirmierung der Bank von AG auf GmbH mit den Bilanzverlustvorträgen verrechnet.

Der für das Geschäftsjahr 2017 ausgewiesene Jahresfehlbetrag belief sich auf –0,1 Millionen Euro. Im Rahmen der Verlustverrechnung wurde auf Basis der vertraglichen Bedingungen das Genussrechtskapital mit 2,1 Millionen Euro in Anspruch genommen. Dadurch verminderte sich der Bilanzverlust 2017 auf –166,9 Millionen Euro. Dieser wurde am 30. März 2018 festgestellt und auf neue Rechnung vorgetragen bzw. nunmehr mit den Rücklagen verrechnet.

Die gemäß CRR zu bildenden Abzugsposten auf das harte Kernkapital betragen 8,1 Millionen Euro per 30. Juni 2018.

9 Entwicklung wichtiger Aktiv-Bilanzposten

	30.06.2018 in Mio. Euro	31.12.2017 in Mio. Euro	Veränderung in %
Kommunalkredite	211,5	303,1	–30,2
Andere Forderungen	3.177,6	4.722,1	–32,7
Forderungen an Kreditinstitute	3.389,1	5.025,2	–32,6
Hypothekendarlehen	32,6	34,4	–5,0
Kommunalkredite	12.329,4	12.946,9	–4,8
Andere Forderungen	195,6	173,1	13,0
Forderungen an Kunden	12.557,6	13.154,4	–4,5
Von öffentlichen Emittenten	1.818,5	4.988,0	–63,5
Von anderen Emittenten	695,6	1.182,7	–41,2
Eigene Schuldverschreibungen	4,7	5,5	–15,0
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.518,8	6.176,2	–59,2
Sonstige Aktiva	406,4	269,2	51,0
Bilanzsumme	18.871,9	24.625,0	–23,4

10 Entwicklung der Eigenmittel

in Mio. Euro	30.06.2018	31.12.2017
Gezeichnetes Kapital	432,5	432,5
Rücklagen	132,5	399,4
Verlustvortrag	0,0	-168,9
Unterjähriger Verlust	0,0	-0,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	-0,3	-0,4
Wertberichtigungsverlust	-0,8	0,0
Sonstige Abzüge vom Kernkapital (IPC)	-6,9	0,0
Kernkapital	556,9	662,4
Genussrechtskapital	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,3	2,0
Anrechenbare Vorsorgereserven gem. § 340f HGB	0,0	6,8
Anrechenbarer Wertberichtigungsüberschuss	0,0	10,3
Ergänzungskapital	0,3	19,1
Gesamt	557,2	681,5
Kernkapitalquote	44,4	25,9
Gesamtkapitalquote	44,5	26,7

Insgesamt erreichte das harte Kernkapital somit zum 30. Juni 2018 ein Volumen von 556,9 Millionen Euro.

Über zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 Capital) verfügt die Bank nicht.

Das Ergänzungskapital (Tier 2 Capital) verminderte sich zum 30. Juni 2018 auf 0,3 Millionen Euro (nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2017: 19,1 Millionen Euro). Im Ergänzungskapital wurden nachrangige Darlehen in Höhe von 0,3 Millionen Euro berücksichtigt. » [10](#)

Die gemäß CRR berechnete Kernkapitalquote (CET1-Quote) belief sich zum 30. Juni 2018 auf 44,4 % (31. Dezember 2017 nach Feststellung des Jahresabschlusses: 25,9 %). Die Gesamtkapitalquote gemäß CRR erreichte zum 30. Juni 2018 einen Stand von 44,5 % (31. Dezember 2017: 26,7 %).

Beide Kapitalquoten liegen weiterhin deutlich über den gesetzlichen Anforderungen.

GESAMTAUSSAGE ZUM GESCHÄFTSVERLAUF

Zusammenfassend ist zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Dexia Kommunalbank Deutschland im 1. Halbjahr 2018 Folgendes festzustellen:

- › Die Bilanzsumme hat sich vor allem durch den Verkauf eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro um 23,4 % auf 18,9 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 24,6 Milliarden Euro) verringert.
- › Im Berichtszeitraum wurde kein Neukreditgeschäft in Form von Kreditprolongationen getätigt.
- › Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss mit einem Überschuss von 63,3 Millionen Euro (30. Juni 2017: -0,1 Millionen Euro) ab.

- › Das Kernkapital belief sich auf 556,9 Millionen Euro. Die Kernkapitalquote lag bei 44,4 % (31. Dezember 2017: 25,9 %).
- › Die Liquiditätslage der Dexia Kommunalbank Deutschland war weiterhin auskömmlich.
- › Die Beschäftigtenzahl verringerte sich zum Stichtag 30. Juni 2018 auf 75 Mitarbeiter (31. Dezember 2017: 77 Mitarbeiter).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich im Berichtszeitraum die Vermögens- und Finanzsituation der Bank stabil entwickelte, während sich die Ertragsituation deutlich verbessert hat.

Für ihr großes Engagement spricht die Geschäftsführung allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihren Dank und ihre Anerkennung aus. Unser Dank gilt auch dem Betriebsrat und dem Sprecherausschuss für leitende Angestellte für die konstruktive Zusammenarbeit.

MITARBEITER

Zum 30. Juni 2018 beschäftigte die Dexia Kommunalbank Deutschland 75 Mitarbeiter (inkl. Geschäftsführung), darunter 1 Trainee (31. Dezember 2017: 77 Mitarbeiter). Im Berichtszeitraum haben drei Mitarbeiter die Bank verlassen, während ein neuer Mitarbeiter verpflichtet werden konnte.

EREIGNISSE NACH DEM STICHTAG

Am 13. Juli 2018 fand eine außerordentliche Gesellschafterversammlung statt, auf der die Ausschüttung einer weiteren Zwischendividende in Höhe von 25 Millionen Euro als Vorabausschüttung für das laufende Geschäftsjahr beschlossen



wurde, welche noch im Juli 2018 an die Dexia Crédit Local S. A. überwiesen wurde. Die Gesellschafterin hielt fest, dass nach dem Erkenntnisstand dieses Tages dieser Betrag vom zu erwartenden Jahresüberschuss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 gedeckt ist.

PROGNOSEBERICHT

Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die Bank die folgenden Entwicklungen:

- › Die Bilanzsumme wird sich zum 31. Dezember 2018 auf rund 18,0 Milliarden Euro verringern.
- › Zum 31. Dezember 2018 wird das Kernkapital der Bank voraussichtlich ein Niveau erreichen, das in etwa auf Höhe des Bestands zum 30. Juni 2018 liegt.
- › Die Kernkapitalquote wird zum Jahresende 2018 voraussichtlich rund 50 % betragen und damit weiterhin deutlich über den gesetzlichen Anforderungen liegen.
- › Die Bank wird voraussichtlich einen Jahresüberschuss ausweisen, der im Bereich eines höheren zweistelligen Millionenbetrags liegt.
- › Die Liquiditätslage der Dexia Kommunalbank Deutschland wird weiterhin auskömmlich bleiben.

Zusammenfassend rechnen wir somit für das Geschäftsjahr 2018 der Dexia Kommunalbank Deutschland mit einer insgesamt stabilen Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage sowie einer deutlich verbesserten Ertragslage.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die Dexia Kommunalbank Deutschland unterhält ein Risikosteuerungs- und Risikocontrollingsystem zur Identifikation, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken und damit verbundenen Risikokonzentrationen, welches kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Als Teil der Dexia-Gruppe übernimmt die Dexia Kommunalbank Deutschland – sofern angemessen und sinnvoll – die einheitlichen Definitionen, Richtlinien und Verfahren der Dexia-Gruppe zur Messung von Risiken. Dies ermöglicht eine konsistente Einbindung der Bank in das Risikomanagement der Dexia-Gruppe.

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Risikoinventurprozesses wurden alle mit dem Geschäft der Bank verbundenen quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken identifiziert und anschließend auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage der Bank beurteilt. Hierbei wurden mögliche Auswirkungen auf das Pfandbriefgeschäft zusätzlich analysiert. In diesen regelmäßig ein-

mal jährlich durchgeführten Prozess werden alle relevanten Organisationseinheiten der Bank einbezogen. Als wesentliche Risiken wurden das

- › Adressenausfallrisiko (einschließlich Länderrisiko),
- › Marktpreisrisiko (einschließlich Zinsrisiko und Spreadrisiko),
- › Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko sowie
- › operationelle Risiko (einschließlich IT- und Rechtsrisiko) eingestuft.

Ausgehend von der Geschäftsstrategie sowie den Ergebnissen der Risikoinventur hat die Geschäftsführung eine mit der Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie sowohl für die Gesamtbank als auch für das Pfandbriefgeschäft festgelegt. Die Risikostrategie legt die risikopolitischen Leitlinien (Risikokultur, Risikoappetit und Risikobereitschaft) fest und definiert die Ziele der Risikosteuerung und die jeweiligen Maßnahmen zur Risikobegrenzung.

Die risikopolitischen Leitlinien und Strukturen sind im Organisationshandbuch dargelegt, das allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über das bankinterne Intranet zur Verfügung steht. Es bildet die Grundlage für ein einheitliches Management aller wesentlichen Risikoarten der Dexia Kommunalbank Deutschland.

Die Abteilung Risikocontrolling stellt den Entscheidungsträgern die erforderlichen Informationen zur Steuerung der Risiken zur Verfügung. Sie setzt die von der Geschäftsführung vorgegebene Risikostrategie um und überwacht insbesondere das Kreditrisiko, Marktpreisrisiko (einschließlich Zinsänderungsrisiko des Bankbuches), Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko. Weiterhin obliegt dem Risikocontrolling die Weiterentwicklung der Methoden zur Messung und Bewertung von Risiken. Die Abteilung Risikocontrolling ist gemäß Geschäftsverteilungsplan dem Geschäftsführer Marktfolge unterstellt.

Das Risikokontroll- und Risikomanagementsystem der Bank wird anlassbezogen und im Rahmen des jährlichen Prüfungsplans durch die Innenrevision auf seine Angemessenheit geprüft.

Maßgebliche Elemente der Gesamtbankrisikosteuerung sind das Risikotragfähigkeitskonzept (Einjahreshorizont) und der Kapitalplanungsprozess (Vierjahreshorizont) nach den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken (MaRisk) sowie die Kennzahlen Portfolio Present Value und Portfolio Market Value. Zusätzliche Verfahren bestehen für die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken.

Wesentliche Einzelrisiken werden zusätzlich gesondert erfasst, analysiert, bewertet und begrenzt.

Risikotragfähigkeitskonzept

Die Risikotragfähigkeit wird einzelinstitutsspezifisch sowohl nach dem Going-Concern-Ansatz als auch nach dem Liquidationsansatz ermittelt. Bestehende Unterstützungsmaß-

11 Prämissen für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit

	Risikoart	Erläuterungen zu den Risikomessverfahren
Kreditrisiko	Allgemeines Kreditrisiko	Ermittlung eines Value at Risk anhand des Gordy-Modells mit einer Granularitätsanpassung (Hirschman-Herfindahl-Index).
	CVA-Charge	Berechnung nach der aufsichtsrechtlichen Standardmethode (Artikel 384 CRR).
Marktpreisrisiko		Umfasst das Zins-, Basis- und Spreadrisiko. Value at Risk basierend auf einer historischen Simulation über alle Positionen im Umlaufvermögen und im Treuhändermitverschluss.
Fundingrisiko		Konservative Schätzung der kumulierten Liquiditätslücke für den Jahreshorizont und Schließung mit erhöhten Refinanzierungsaufschlägen.
Operationelles Risiko		Statistischer Ansatz basierend auf einer historischen Simulation über alle Schadensfälle seit der Schadensaufzeichnung.

nahmen, wie zum Beispiel die Patronatserklärung der Dexia Crédit Local S. A., werden nicht berücksichtigt.

Dabei nutzt die Bank je nach Ansatz unterschiedliche Konfidenzniveaus – beim Going-Concern-Ansatz legt sie ein Konfidenzniveau von 95,0 %, beim Liquidationsansatz von 99,9% zugrunde. Der Betrachtungszeitraum beträgt grundsätzlich zwölf Monate (rollierend). Risikoreduzierende Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten werden nur innerhalb der Risikoart Marktpreisrisiken berücksichtigt. Für die interne Risikosteuerung stellt die Going-Concern-Sichtweise die vorrangige Betrachtung dar, die Liquidationssichtweise ist eine ergänzende Betrachtung.

Das Risikodeckungspotenzial im Going-Concern-Ansatz wird basierend auf den regulatorischen Eigenmitteln und dem geplanten Ergebnis für den definierten Betrachtungszeitraum festgelegt. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial um den Teil der regulatorischen Eigenmittel reduziert, der zur Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen notwendig ist.

Bei der Berechnung der zu unterlegenden Risikobeträge fließen alle Risiken in die Risikotragfähigkeitsberechnung ein, die in der Risikoinventur als wesentlich beurteilt wurden und sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial unterlegt werden können. Falls ein neues quantifizierbares wesentliches Risiko in der Risikoinventur identifiziert wird, ist dieses bei der Risikotragfähigkeitsermittlung der Bank zu berücksichtigen. Für unwesentliche Risiken besteht grundsätzlich keine Verpflichtung zur Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit, sie erfolgt aber in Einzelfällen. Risikobeträge werden derzeit für das Adressenausfallrisiko (Kreditrisiko und CVA), das Marktpreisrisiko (Zins-, Basis- und Spreadrisiko), das Refinanzierungsrisiko und das operationelle Risiko ermittelt. Bei allen Risikoarten wird zur Ermittlung des Risikobetrags ein Value-at-Risk-Verfahren unter Zugrundelegung verschiedener Annahmen verwendet. Zusätzlich werden Modellrisiken berücksichtigt.

Weitere latente Risiken werden berücksichtigt, indem nur ein Teil des gesamten Risikodeckungspotenzials auf die oben genannten Risikoarten verteilt wird. [▶ 11](#)

Obgleich bei der Risikoinventur als wesentliches Risiko identifiziert, wird das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne nicht in das Risikotragfähigkeitskonzept der Bank einbezogen, da eine Unterlegung dieses Risikos mit Kapital nicht sinnvoll ist. Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos bestehen bei der Dexia Kommunalbank Deutschland gesonderte Verfahren.

Da für das operationelle Risiko kein substantieller Risikoappetit besteht und weniger durch kurzfristige Maßnahmen gesteuert werden kann, wird dafür kein separates Limit vergeben. Das Limit entspricht daher dem Risikobeitrag und wird vom verfügbaren Risikodeckungspotenzial abgezogen.

Im Rahmen der methodischen Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitssystems wurde im 1. Halbjahr 2018 folgende wesentliche Änderung des Risikotragfähigkeitskonzepts vorgenommen:

- › Überarbeitung des Risikomodells zur Bestimmung des Refinanzierungsrisikos.

Bezogen auf den Going-Concern-Ansatz hat sich die Risikotragfähigkeit der Bank zum 30. Juni 2018 deutlich verbessert. [▶ 12](#) Wesentlicher Grund hierfür sind die risikomindernden Effekte aus dem Verkauf eines Wertpapierportfolios im Nennwert von rund 3,6 Milliarden Euro im März 2018 (siehe auch „Verkauf eines Wertpapierportfolios“).

Es zeigt sich, dass bei einer leichten Erhöhung des verfügbaren Risikodeckungspotenzials die Risikobeträge teilweise signifikant (speziell Kredit- und Refinanzierungsrisiko) zurückgehen. Im gleichen Maße sinken daher auch die Auslastungen des internen Kapitalmodells.

Zusätzlich bestehen Risikosteuerungsinstrumente in Form von Einzelberichten zu allen relevanten Risikoarten, die detailliert die wesentlichen Risikotreiber und deren Veränderung im Zeitablauf darstellen. Damit stellen sie wichtige Informationen für das interne Risikomanagement sowohl auf Gesamtbank- als auch auf Einzelrisikoebene zur Verfügung.

Ferner führt die Bank regelmäßig im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung Stresstests für alle wesentlichen Risikoarten unter Einbeziehung aller relevanten Positionen durch.



12 Risikotragfähigkeit in der Going-Concern-Sichtweise im Normalszenario

Risikodeckungspotenzial	Verfügbares Risikodeckungspotenzial		Bereitgestelltes Risikodeckungspotenzial	
	30.06.2018	31.12.2017	30.06.2018	31.12.2017
in Mio. Euro				
Anrechenbare Eigenmittel	557,2	681,5	90 % des verfügbaren Risikodeckungspotenzials	
Eigenmittelanforderungen	-152,0	-253,4		
Freie anrechenbare Eigenmittel	405,2	428,1		
Horizont Δ anrechenbare Eigenmittel	6,3	-6,4		
Horizont Δ Eigenmittelanforderungen	-7,8	-62,4		
Weitere Bestandteile des Risikodeckungspotenzials	-8,1	-18,3		
Gesamt	395,6	341,0		

Risikopotenzial	Limit vom bereitgestellten Risikodeckungspotenzial		Auslastung	
	in Mio. Euro		in %	
	30.06.2018	31.12.2017	30.06.2018	31.12.2017
Kreditrisiko & CVA-Charge	135,2	115,6	21,5	75,0
Marktpreisrisiko	67,6	57,8	24,8	51,8
Fundingrisiko	135,2	115,6	19,8	92,2
Operationelles Risiko	18,0	18,0		
Gesamt	356,1	306,9	25,4	78,6

Portfolio Present Value und Portfolio Market Value

Eine weitere wichtige Steuerungsgröße ist der Portfolio Present Value (PPV), der täglich ermittelt und an die Entscheidungsträger berichtet wird. Hierzu werden die Barwerte sämtlicher zinstragender bilanzieller und außerbilanzieller Positionen zusammengefasst und durch andere Aktiva sowie mit diesen im Zusammenhang stehenden Bilanzpositionen ergänzt. Der PPV stellt eine Indikation über die Entwicklung des Portfoliowertes unter Annahme des Going Concern dar. Das Verhältnis von PPV zu Kernkapital betrug zum 30. Juni 2018 1,43. Ergänzt wird der PPV durch den Portfolio Market Value (PMV), der zusätzlich die Credit Spreads der Aktiv- und Passivpositionen berücksichtigt und somit ein Liquidationsszenario darstellt, sowie durch den Szenario-PPV, der darüber hinaus die Annahme erhöhter Kosten zur Schließung von Refinanzierungslücken berücksichtigt.

Stresstests

Stressszenarien sind ein wichtiger Bestandteil des Risikomanagementprozesses der Bank, um Risikokonzentrationen und mögliche Eigenkapitalunterdeckungen aufzuzeigen. Sie schaffen Transparenz über die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibler Ereignisse.

Für die Risikoarten Marktpreis- und Liquiditätsrisiko kalkuliert die Bank die nach MaRisk erforderlichen Stresstests auf täglicher Basis.

Daneben werden vierteljährlich historische Stresstests für sämtliche Einzelrisikoarten (Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Refinanzierungsrisiko und operationelles Risiko) durchgeführt. Ferner liegt ein besonderes Augenmerk auf den hypothetischen Gesamtbankstresstests, denen das Szenario „Staatschuldenkrise“ sowie das Szenario „schwerer konjunktureller Abschwung“ zugrunde gelegt werden.

Die Ergebnisse dieser Stresstests werden bei der Gesamtbeurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt mit der Folge, dass sie Grundlage für die Ergreifung von Maßnahmen zur verstärkten Risikoüberwachung sein können.

Risikomanagement Pfandbriefgeschäft

Als Pfandbriefbank gelten für die Dexia Kommunalbank Deutschland die Regelungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG). Dieses fordert nach § 27 PfandBG ein geeignetes Risikomanagementsystem zur Überwachung sämtlicher mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken.

Neben der Sicherstellung der gesetzlichen Anforderungen an die Pfandbriefüberdeckung berechnet die Bank nach dem dynamischen Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 bzw. § 6 Abs. 2 der Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV) Stressszenarien für Zins- und Währungsrisiken. Bei drohender Unterschreitung einer barwertigen Überdeckung von 2 % sind unverzüglich Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu ergreifen.

Das Adressenausfallrisiko der Deckungsmasse wird mit einem Limitsystem begrenzt. Der Schwerpunkt des Deckungsportfolios liegt auf qualitativ hochwertigen Aktiva mit Bewertungen innerhalb des Ratingintervalls AAA bis A+. Darüber hinaus wird der Anteil an Deckungswerten mit einem Non-Investmentgrade-Rating limitiert.

Während auf Gesamtbankebene das Fremdwährungsrisiko grundsätzlich durch Derivategeschäfte abgesichert ist, sind die den Fremdwährungspositionen zugehörigen Derivate nicht in der Deckungsmasse enthalten. Somit bestehen auf der Ebene der Deckungsmasse offene Fremdwährungspositionen, die jedoch durch Limite begrenzt werden. Darüber hinaus werden diverse Cashflow-Analysen zur Überwachung des Liquiditätsrisikos durchgeführt sowie die Risikokonzentration auf Kreditnehmerebene überwacht. Die interne Berichterstattung erfolgt mindestens vierteljährlich.

RISIKEN

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko beschreibt das Risiko, dass ein Kreditnehmer oder Kontrahent seine Verpflichtungen gegenüber der Dexia Kommunalbank Deutschland ganz oder teilweise nicht erfüllen kann.

Zur Begrenzung von Adressenausfallrisiken werden von der Geschäftsführung in Abstimmung mit der Dexia-Gruppe für sämtliche Kontrahenten Kreditlinien und Kreditkompetenzregelungen festgelegt. Gleiches gilt für Clearinghäuser und zentrale Gegenparteien.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland hat sämtliche Kreditlinien (bis auf Geldmarkt- und Derivatelimit) für das Eingehen neuer Risiken eingefroren. Kontrahenten, die aufgrund definierter Kriterien (Risikofrühwarnindikatoren) erfasst wurden, werden auf der Überwachungsliste gesondert überwacht.

Eine angemessene Funktionstrennung und Prozessorganisation ist durch die marktunabhängige Kreditanalyse und Kreditbearbeitung gewährleistet.

Um das Adressenausfallrisiko und die damit verbundenen Risikokonzentrationen zu begrenzen, werden die nachfolgenden Maßnahmen durchgeführt:

- › Vorgaben für das Derivate- und Geldmarktgeschäft (inklusive Sicherheitenvereinbarungen),
- › Kreditlinienüberwachung,
- › Überwachung des Kreditausfallrisikos,
- › Verfahren zur Risikofrüherkennung,
- › Berichterstattung über externe und interne Ratingänderungen sowie

- › Portfoliosteuerung und -überwachung auf Basis des Kreditrisikoberichts und der Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsrechnung inklusive Stressszenarien.

Der Abschluss von Derivategeschäften setzt voraus, dass mit dem Kontrahenten ein Deutscher oder ein ISDA-Rahmenvertrag rechtsverbindlich abgeschlossen wurde. Eine weitere Voraussetzung ist das Vorliegen einer rechtsverbindlich abgeschlossenen, den Standards der Bank entsprechenden Sicherheitenvereinbarung (CSA). Die Höhe der ausgetauschten Sicherheitenleistungen (Collateral) wird täglich überwacht. Eine ausführliche Information über Höhe und Struktur der geleisteten Sicherheiten erfolgt wöchentlich in der Geschäftsführungssitzung. Zum 30. Juni 2018 bestand für die Bank eine Nettozahlerposition in Höhe von 1,5 Milliarden Euro (31. Dezember 2017: 3,2 Milliarden Euro). Der Rückgang ist auf den Abgang der sichernden Derivate im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro zurückzuführen.

Die Berechnung der Kreditlinienauslastungen wird täglich vom Risikocontrolling bereitgestellt und überwacht. Eventuelle Überschreitungen von Kreditlinien werden der Geschäftsführung umgehend angezeigt, die über geeignete Maßnahmen zu entscheiden hat. Im Berichtszeitraum kam es aufgrund des Abgangs von Derivaten zu 11 Überschreitungen einzelner Derivatekontrahenten, welche unverzüglich zurückgeführt wurden. Geldmarktlimiten wurden im Berichtszeitraum nicht überschritten.

Insgesamt 75,0 % (31. Dezember 2017: 61,7 %) des Kreditportfolios der Bank entfallen auf deutsche Schuldner, gefolgt von Schuldnern aus Belgien (8,0 %) und Österreich (6,4 %).

Ferner sind 94,1 % der Aktiva der Bank deckungsfähig, zum Teil zusätzlich zentralbankfähig bzw. repofähig. 98,6 % aller Aktiva weisen per 30. Juni 2018 (31. Dezember 2017: 96,8 %) ein internes Rating von BBB– (Investmentgrade) oder besser auf. Für alle Kundengruppen bestehen adäquate Risikoklassifizierungssysteme (Ratings). Das Portfoliomanagement fokussiert sich aufgrund der Struktur der bestehenden Geschäfte auf eine regional diversifizierende und bonitätsklassenbezogene Steuerung. Insbesondere ausländische Forderungen aus Darlehen und Wertpapieren unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung auf bestehende Chancen und Risiken und sich daraus ergebende strategische Handlungsalternativen.



Das Forderungsvolumen (unter Berücksichtigung von Kreditrisikominderungstechniken) der Bank je Forderungsklasse, und zwar getrennt nach externem und internem Rating auf

Basis der CoRep-Melddaten per 30. Juni 2018, ist in den Tabellen > 13 und > 14 dargestellt.

13 Gesamtexposure nach externem Rating

Forderungsklasse	Externes Rating	Risikoposition		Durchschnittliches Risikogewicht
		30.06.2018 in Mio. Euro	31.12.2017 in Mio. Euro	in %
Zentralstaaten oder Zentralbanken	AAA bis AA-	11.899,2	12.587,7	0,0
	A+ bis A-	-	224,0	-
	BBB+ bis BBB-	-	200,6	-
	BB+ bis BB-	-	126,2	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	AAA bis AA-	-	-	-
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	0,2	56,9	20,0
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
Öffentliche Stellen	AAA bis AA-	262,6	279,7	20,0
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	87,5	102,2	100,0
Multilaterale Entwicklungsbanken	AAA bis AA-	273,1	267,7	0,0
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
Institute	AAA bis AA-	17,1	13,7	0,6
	A+ bis A-	24,2	54,1	50,0
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	75,8	-
Unternehmen	AAA bis AA-	10,7	10,2	20,0
	A+ bis A-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	101,7	113,6	100,0
Ausgefallene Positionen	CCC+ und darunter	-	-	-
	AAA bis AA-	87,5	59,5	0,0
Sonstige Posten	A+ bis A-	103,6	131,0	0,0
	BBB+ bis BBB-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-
	kein Rating	-	-	-
			187,5	190,9
Gesamt		13.055,0	14.493,8	

14 Gesamtexposure nach internem Rating

Forderungsklasse	Internes Rating	Risikoposition		Durchschnittliche	Durchschnittliche	Durchschnittliches	Durchschnittlicher
		30.06.2018	31.12.2017	Ausfallwahrscheinlichkeit	Verlustquote bei Ausfall	Risikogewicht	erwarteter Verlust
		in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %	in %	in %	in %
Zentralstaaten und Zentralbanken	AAA bis AA-	1.289,9	1.187,9	0,0	5,1	0,0	0,0
	A+ bis A-	-	-	-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	779,5	3.406,6	0,2	26,4	39,8	0,1
	BB+ bis BB-	-	-	-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-	-	-	-
Institute	AAA bis AA-	122,1	127,2	0,0	3,0	1,8	0,0
	A+ bis A-	200,3	374,9	0,1	26,8	26,3	0,0
	BBB+ bis BBB-	268,3	532,3	0,3	30,1	51,8	0,1
	BB+ bis BB-	-	186,6	-	-	-	-
	B+ bis B-	175,1	-	3,4	3,0	9,0	0,1
Unternehmen	AAA bis AA-	-	-	-	-	-	-
	A+ bis A-	-	-	-	-	-	-
	BBB+ bis BBB-	14,8	25,6	0,7	20,0	50,0	0,1
	BB+ bis BB-	-	-	-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	AAA bis AA-	6,9	4,7	0,0	5,0	0,0	0,0
	A+ bis A-	49,4	47,3	0,1	26,4	14,1	0,0
	BBB+ bis BBB-	-	3,6	-	-	-	-
	BB+ bis BB-	-	-	-	-	-	-
	B+ bis B-	-	-	-	-	-	-
Gesamt		2.906,3	5.896,7				

Neben dem Internal-Rating-Based-Ansatz (IRB-Ansatz) gemäß den Artikeln 142 ff. CRR verwendet die Bank zur Ermittlung des Gesamtanrechnungsbetrags für Adressenausfallrisiken auch den Kreditrisiko-Standardansatz gemäß den Artikeln 111 ff. CRR. Die Ermittlung von Positionswerten nach dem IRB-Ansatz erfolgt für Kredite an Zentralregierungen und Zentralbanken, Institute und Unternehmen. Sofern die Bank für Kreditnehmer keine eigenständigen Ratingsysteme implementiert hat, für die die Nutzungsvoraussetzungen für den IRB-Ansatz erfüllt sind, wird für diese Adressenausfallrisikopositionen in Übereinstimmung mit der CRR der Kreditrisiko-Standardansatz verwendet. Dabei handelt es sich insbesondere um Kredite an inländische und ausländische kommunale sowie kommunalnahe Unternehmen. Deutsche Bundesländer und deren Gemeinden werden dauerhaft von der Anwendung des IRB-Ansatzes unter Anwendung des Artikels 150 CRR ausgenommen.

Als Unternehmen der Dexia-Gruppe verwendet die Bank die einheitlichen Ratingverfahren der Dexia-Gruppe. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Validierung der eingesetzten Verfahren und Modelle. Weitergehende Informationen hinsichtlich der eingesetzten Ratingmodelle, der Modellannahmen und Verfahrensprämissen können dem jährlichen Risikobericht der Dexia-Gruppe entnommen werden.

Die auf Basis der internen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten Ratings und damit in Zusammenhang stehenden Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs) und Verlustraten im Falle einer Leistungsstörung (LGDs) bilden einen integralen Bestandteil der Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse der Bank.

Die Quantifizierung der Adressenausfallrisiken erfolgt weiterhin im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung anhand eines Kreditausfallmodells (CVaR, Gordy-Modell). Die Ergebnisse werden einer detaillierten Plausibilitäts- und Entwicklungsanalyse unterzogen.

Über das Adressenausfallrisiko und die zu seiner Begrenzung ergriffenen Maßnahmen wird regelmäßig an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat berichtet.

Kreditexposure gegenüber öffentlichen Stellen und Finanzinstituten

Das nominale Kreditexposure bzw. die Kreditrisikoäquivalenzbeträge der Dexia Kommunalbank Deutschland gegenüber Kreditnehmern gegliedert nach Ländern sind in der Tabelle [15](#) dargestellt.



15 Kreditexposure gegenüber öffentlichen Stellen und Finanzinstituten per 30.06.2018*

Land	Staat	Unterstaatliche Stellen	Sonstige	Gesamt	In der Deckungsmasse für Öffentliche Pfandbriefe (nominal)	Darlehen	Wertpapiere	Durchschnittliche gew. Restlaufzeit
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Jahren
Deutschland	301,5	11.122,0	556,5	11.980,0	10.830,6	10.505,2	1.157,3	11,3
Belgien	–	1.120,3	159,3	1.279,5	1.024,6	1.236,3	25,0	8,5
Österreich	67,4	949,3	–	1.016,7	981,9	991,3	25,4	5,4
Italien	704,6	0,9	49,9	755,4	633,9	–	755,4	5,7
Portugal	55,5	225,0	–	280,5	190,0	225,0	55,5	2,2
Supranational	–	–	273,5	273,5	191,2	–	273,5	6,1
USA	–	122,1	34,8	157,0	72,5	–	122,1	12,4
Frankreich	–	13,0	121,0	134,0	10,8	–	47,9	1,3
Großbritannien	–	–	27,9	27,9	–	–	7,7	0,7
Niederlande	–	–	24,9	24,9	–	–	24,9	1,1
Finnland	–	20,4	–	20,4	21,4	20,4	–	7,0
Sonstige	19,4	14,5	–	33,9	414,3	14,5	19,4	5,0
Gesamt	1.148,4	13.587,4	1.247,8	15.983,7	14.371,2	12.992,6	2.514,1	10,1

* Repo- und Derivatetransaktionen sind mit ihrem Kreditäquivalenzbetrag berücksichtigt; Darlehen und Wertpapiere mit ihrem Buchwert; Ausnahme Deckungsstock. Spalten Darlehen und Wertpapiere sind eine dav. Position von Spalte Gesamt.

In Deckung befindliche Papiere können das Exposure von Spalte Gesamt überschreiten, weil geliehene Wertpapiere aus Reverse Repo/WP Leihe ebenfalls berücksichtigt werden.

Das Kreditexposure verringerte sich von 20,5 auf 16,0 Milliarden Euro (–22,1 %). Neben planmäßigen Tilgungen und Fälligkeiten führte der Verkauf eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro zu einer signifikanten Reduzierung des Bestands an Wertpapieren ausländischer Emittenten (siehe auch „Verkauf eines Wertpapierportfolios“).

Das Durchschnittsrating gewichtet nach Forderungshöhe beträgt AA (31. Dezember 2017: AA–).

Wesentliche Risiken im Zusammenhang mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU (Brexit) bestehen für die Bank weiterhin nicht.

Risikovorsorge

Im Rahmen der regelmäßigen (mindestens quartalsweise) sowie anlassbezogenen Kreditüberwachung wird der Forderungsbestand auf die Werthaltigkeit der bestehenden Rückzahlungs- bzw. Zinsansprüche überprüft. Eine anlassbezogene Überprüfung erfolgt bei Kenntnisaufnahme negativer Informationen (Frühwarnindikatoren) über den Kreditnehmer, die beispielsweise zur Aufnahme des Kreditnehmers auf die Überwachungsliste der Bank führen. Objektive Hinweise, die darüber hinaus zur Notwendigkeit einer Wertberichtigung führen können, sind der bonitätsbedingte Ausfall oder Verzug bei Zins- oder Tilgungszahlungen von mehr als 90 Tagen. Zum 30. Juni 2018 bestand keine Notwendigkeit zur Bildung von Risikovorsorge.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko umfasst folgende wesentliche Unterkategorien:

- › Zinsänderungsrisiko (inklusive Basisrisiko),
- › Credit-Spread-Risiko und
- › Fremdwährungsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Verlustpotenzial bei zinsabhängigen Positionen, die durch eine Veränderung des Zinsniveaus oder der Zinsstruktur für den Portfoliowert der Bank entstehen.

Die Absicherung von Zinsänderungsrisiken erfolgt grundsätzlich durch den Abschluss von Zinsswaps. Limite begrenzen das verbleibende Zinsänderungsrisiko. Die Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Portfolio- und auf Gesamtbankebene.

Als zentrale Steuerungsgrößen des Zinsänderungsrisikos stehen dem Management zwei auf Basis der Marktwertmethode ermittelte risikorelevante Kennziffern zur Verfügung: der Basis Point Value (BPV bzw. PV01) sowie der Value at Risk (VaR). Der BPV beschreibt die potenzielle Barwertveränderung des Gesamtportfolios bei einer parallelen Änderung der Zinssätze aller Fristigkeiten um 100 Basispunkte bzw. der PV01 bei einem Anstieg von 1 Basispunkt pro definiertem Laufzeitband.

Beim Value at Risk (VaR) wird der maximal erwartete Verlust innerhalb eines festgelegten Haltezeitraums bei einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit berechnet. Die Bank ermittelt

täglich den VaR auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 99,0 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Die Bank hat unterschiedliche Teilportfolios angelegt, und zwar das langfristige Teilportfolio Balance Sheet Management (BSM) und das kurzfristige Teilportfolio Cash & Liquidity Management (CLM).

Für kurzfristige als auch langfristige Zinsänderungsrisiken bestehen verschiedene Limitierungen in Bezug auf +/- 100 BPV sowie VaR. Darüber hinaus sind die für das BSM festgelegten Laufzeitbereiche des Zinsänderungsrisikos (PV01) limitiert. Für das Aggregat aus den Teilportfolios BSM und CLM besteht eine Limitierung des VaR. Die Zinssensitivitäten der Credit Spreads werden täglich ermittelt. Eine separate Limitierung erfolgt nicht.

Die Limite stellen sich zum 30. Juni 2018 wie folgt dar: > [16](#)

16 Limite zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken

in Mio. Euro	Value at Risk (99 %, 10 Tage)	+/- 100 bp
Cash & Liquidity Management	1,5	15,0
Balance Sheet Management	-	5,0
Gesamt	2,5	-

Auf der Grundlage der genannten Annahmen ergaben sich folgende Werte: > [17](#) und > [18](#)

17 Limitauslastung für Cash & Liquidity Management

in Mio. Euro	Value at Risk (99 %, 10 Tage)	+ 100 bp	- 100 bp
Durchschnitt	0,1	-0,2	0,2
Minimum	0,0	-5,2	-3,7
Maximum	0,1	3,7	5,2
Letzter Handelstag	0,1	-1,7	1,7

18 Limitauslastung für Balance Sheet Management

in Mio. Euro	Value at Risk (99 %, 10 Tage)	+ 100 bp	- 100 bp
Durchschnitt	0,2	-1,2	1,4
Minimum	0,0	-3,8	-3,8
Maximum	0,5	3,6	4,3
Letzter Handelstag	0,3	1,4	-1,4

Die für die Steuerung von Zinsänderungsrisiken verantwortliche Abteilung Treasury & Assets wird täglich über die Entwicklung des Zinsänderungsrisikos und die Limitauslastung informiert. Dem in monatlichen Sitzungen tagenden Asset-Liability-Management-Komitee der Bank obliegt die strategische Zinsrisikosteuerung.

Credit Spreads drücken den Renditeaufschlag für das Ausfallrisiko von Anleihen (bzw. implizit auch für Darlehen oder andere langfristige Forderungen) aus. Die Bewertungseffekte aus Veränderungen der Credit Spreads werden in der Bank regelmäßig gemessen. Auf Portfolioebene werden Credit-Spread-Risiken nicht limitiert. Eine Begrenzung des Credit-Spread-Risikos findet im Risikotragfähigkeitssystem statt.

Aufgrund des Verkaufs eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro im März 2018 hält die Bank einen erheblich verminderten Bestand an Staats- und sonstigen Anleihen, die in den vergangenen Jahren zum Teil erhöhten Spreadrisiken unterlagen. Im 1. Halbjahr 2018 weiteten sich u. a. die Risikoprämien für die von 3.448,6 Millionen Euro (31. Dezember 2017) auf 705,0 Millionen Euro verminderten Forderungen gegenüber italienischen Schuldern aus. Eine weitere Ausweitung der Risikoauflage auf diese Forderungen würde sich negativ auf die Risikolage der Bank auswirken.

Das Fremdwährungsrisiko ergibt sich aus negativen Wertänderungen infolge von Wechselkursschwankungen von Fremdwährungen. Die Bank sichert Fremdwährungsrisiken grundsätzlich mithilfe von Cross Currency Swaps ab. Zum Berichtszeitpunkt bestanden keine nicht abgesicherten Fremdwährungspositionen. Das bestehende Basisrisiko (currency basis risk) wird regelmäßig überwacht, ist aber nicht limitiert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko lässt sich in folgende Unterkategorien unterteilen:

- > Liquiditätsrisiko (inklusive Innertagesliquiditätsrisiko),
- > Refinanzierungsrisiko und
- > Marktliquiditätsrisiko.

Als Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht oder nicht vollständig nachkommen kann.

Als wichtiges Instrument der Liquiditätssteuerung wird täglich eine Liquiditätsvorausschau erstellt, die einen Überblick über die Liquiditätsbewegungen gibt. Darüber hinaus ermittelt das Risikocontrolling das kurzfristige Liquiditätsrisiko, indem die definierte Liquiditätsreserve dem kumulierten Liquiditätsbedarf des folgenden Monats gegenübergestellt wird (Liquiditätsposition). Diese Liquiditätsposition wird täglich auch unter verschiedenen Stressszenarien (institutseigener Stress, marktweiter Stress, kombinierter Stress) gemäß MaRisk BTR 3 bestimmt. Die Berechnungen erstrecken sich auf die Zeiträume Spot/next (für den übernächsten Werktag), eine Woche und einen Monat.

Neben der absoluten Liquiditätsposition zeigt die Tabelle > [19](#) das Verhältnis zwischen der Reserve und der Liquiditätslücke in den verschiedenen Liquiditätsszenarien auf.



19 Liquiditätsszenarien gemäß MaRisk BTR 3 per 30.06.2018

	Horizont	Datum	Reserve	Liquiditätslücke	Liquiditätsposition	Reserve / Liquiditätslücke
			in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Normalszenario	Spot/next	03.07.18	598,4	-156,3	442,0	382,8
	1 Woche	07.07.18	598,1	-188,0	410,0	318,1
	1 Monat	31.07.18	588,2	-297,6	290,7	197,7
Institutseigenes Stressszenario	Spot/next	03.07.18	717,2	-156,3	560,8	458,8
	1 Woche	07.07.18	716,9	-188,0	528,8	381,3
	1 Monat	31.07.18	806,9	-299,8	507,0	269,1
Marktweites Stressszenario	Spot/next	03.07.18	695,2	-202,3	493,0	343,7
	1 Woche	07.07.18	694,9	-300,3	394,7	231,4
	1 Monat	31.07.18	746,7	-535,4	211,2	139,5
Kombiniertes Stressszenario	Spot/next	03.07.18	896,6	-202,3	694,3	443,3
	1 Woche	07.07.18	896,3	-300,3	596,1	298,5
	1 Monat	31.07.18	952,9	-537,7	415,2	177,2

Als Liquiditätsreserve werden innerhalb der ersten Woche nicht genutzte Eurex-Repo-fähige und EZB-fähige Wertpapiere, die als hochliquide Anlagen klassifiziert sind, angesetzt. Jenseits des Wochenzeitraums werden freie Eurex-Repo-fähige oder EZB-fähige Wertpapiere in die Reserve eingerechnet. Weiterhin berücksichtigt die Bank bei der Ermittlung der Gesamtreserve zur Deckung etwaig auftretender Liquiditätslücken unterschiedliche Haircuts (EZB- und Stress-Haircuts) und Annahmen zur Pfandbriefüberdeckung.

Die geringste Liquiditätsposition (Reserve plus Liquiditätslücke) für die Zeiträume Spot/next, eine Woche und einen Monat wird täglich berichtet.

Für die Ermittlung der Liquiditätslücke werden Ablaufkitionen (Verweildauern) von unbesicherten Einlagen kommunaler Kunden und anderer Anleger in den Szenarien unterstellt. Weiterhin werden anteilige Inanspruchnahmen der von der Dexia Kommunalbank Deutschland gegebenen Garantien und Liquiditätslinien sowie Liquiditätsabflüsse aus der erhöhten Zahlung von Barsicherheiten simuliert.

Zusätzlich hat die Bank Szenarien für mittelfristige Prognosezeiträume (größer als ein Monat bis zu zwölf Monate) implementiert, die sich an den Szenarien für die kurzfristige Liquiditätsmessung (bis zu einem Monat) orientieren.

Die Messung des langfristigen Liquiditätsrisikos erfolgt monatlich durch die Gegenüberstellung von Liquiditätsbedarf bzw. Liquiditätsüberschuss (Gap) und Liquiditätsreserven der unterschiedlichen Laufzeitbänder in einem Zeitraum von fünf Werktagen nach dem jeweiligen Monatsultimo bis zu 50 Jahren.

Das Refinanzierungsrisiko beschreibt das Risiko, benötigte liquide Mittel nur zu erhöhten Refinanzierungskosten beschaffen zu können.

Das Risiko erhöhter Belastungen der zukünftigen Ertragslage aufgrund struktureller Liquiditätsinkongruenzen (Liquidity Gaps) erfasst die Bank durch regelmäßige Analysen der Laufzeitinkongruenzen zwischen Aktiv- und Passivpositionen sowohl auf Ebene der Gesamtbank als auch auf Ebene der Deckungsmasse. Die auf diesen Analysen beruhenden Simulationen machen deutlich, welche Effekte auf die zukünftige Ertragslage zu erwarten sind, falls sich die Refinanzierungskosten erhöhen. Eine Limitierung der Laufzeitinkongruenz des Gesamtportfolios besteht nicht. Eine Messung der Laufzeitinkongruenzen und eine Analyse zur Ableitung ggf. zu ergreifender Maßnahmen erfolgt monatlich im Rahmen des Asset-Liability-Management-Komitees.

Ferner wird das Refinanzierungsrisiko im Risikotragfähigkeitskonzept durch ein Limit begrenzt. Zur Entwicklung der Refinanzierungsstruktur siehe auch „Finanz- und Liquiditätslage“.

Die Liquiditätssituation der Bank präsentierte sich bei einem stets ausreichenden Bestand an liquiden Mitteln bzw. deckungsfähigen und zentralbankfähigen Forderungen guter Bonität weiterhin auskömmlich. Mit dem Verkauf eines Wertpapierportfolios über rund 3,6 Milliarden Euro sank der Refinanzierungsbedarf der Bank signifikant. Die Bank betreibt ein aktives Einlagengeschäft bzw. übernimmt Einlagen von der Dexia Crédit Local S.A. als Teil des konzerninternen Cash- und Liquiditätsmanagements.

Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, Geschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Der Going-Concern/Held-to-Maturity-Ansatz der Dexia Kommunalbank Deutschland unterstellt, dass – sofern keine dauerhafte Wertminderung erkennbar ist – Positionen bis zur Endfälligkeit gehalten und somit das Marktliquiditätsrisiko nicht bewertungsrelevant wird. Alle Wertpapiere der Bank

sind daher dem Anlagebuch zugeordnet. Das Handelsbuch weist keine Bestände auf.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland betrachtet das Marktliquiditätsrisiko als nicht wesentlich. Jedoch erfolgt die Einbeziehung der täglichen Überwachung der Liquidierbarkeit und Refinanzierungsfähigkeit der Vermögenswerte (im Besonderen der gehaltenen Wertpapiere) im Zuge des Liquiditätsrisikomanagements und wird in entsprechenden Stressszenarien gewürdigt.

OPERATIONELLES RISIKO

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko von direkten oder indirekten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, von Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten und finanzielle oder nicht finanzielle Auswirkungen haben. Diese Definition beinhaltet insbesondere das Rechtsrisiko, Personalrisiko, IT-Risiko, aber auch Reputationsrisiko und das Risiko im Zusammenhang mit Auslagerungen und Projekten.

Oberstes Ziel des Managements operationellen Risikos ist es, Verluste, die aus operationellen Schadensfällen resultieren können, zu minimieren, bestandsgefährdende Risiken zu vermeiden sowie wesentliche operationelle Risiken im Rahmen des mindestens jährlich durchzuführenden Risk Control and Self Assessments (RCSA) zu identifizieren und zu überwachen. Hierzu gehören ebenso die kontinuierliche Verbesserung bestehender Verfahren und Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Komplexitätsreduktion bzw. Automatisierung bestehender Prozesse und Kontrollen.

Als melderelevante Vorfälle gelten operationelle Ereignisse, die einen unerwarteten Verlust oder einen Gewinn von mehr als 1.000 Euro verursacht haben. Fälle mit relevanten nicht finanziellen Auswirkungen werden ebenfalls berücksichtigt und mittels einer Ratingskala klassifiziert.

Zur Erfassung, Bewertung, Überwachung und Historisierung des operationellen Risikos nutzt die Bank eine konzernweit eingesetzte IT-Anwendung. Im Falle von eingetretenen Schäden sind die beteiligten Stellen aufgefordert, die betroffenen Geschäftsprozesse zu analysieren, den Schaden zu beziffern und Vorschläge zu deren künftiger Vermeidung zu erarbeiten. Im Rahmen eines Eskalationsprozesses werden die Geschäftsführung sowie die Innenrevision unverzüglich über eingetretene Schadensfälle informiert.

In dem vierteljährlich tagenden Operational Risk & Information Security Committee werden die aufgetretenen Schadensfälle und Risiken mit der Geschäftsführung, Vertretern der IT, der IT- und Informationssicherheitsbeauftragten, dem Compliance-Officer und der Innenrevision der Bank erörtert. Die gemeldeten Schadensfälle werden durch das Operational Risk Management (Risikocontrolling) erfasst. Im 1. Halbjahr 2018

wurden insgesamt 3 Fälle gemeldet, die überwiegend keine finanziellen Auswirkungen nach sich zogen.

Im jährlich durchgeführten RCSA werden mittels Risikoinventuren das operationelle Risiko in den verschiedenen Prozessen identifiziert und analysiert sowie die Kontrollen zur Begrenzung der Risiken überprüft. Mögliche Maßnahmen zur Reduzierung des Risikos werden diskutiert und, sofern sinnvoll, Maßnahmenpläne vereinbart, deren Umsetzung vom Operational Risk Management überwacht wird. Die Ergebnisse der einzelnen RCSAs werden nach Abschluss des RCSA-Prozesses der Geschäftsführung präsentiert.

Weiterhin hat die Bank Prozesse eingerichtet, mit denen sie die Auslagerungsaktivitäten gemäß § 25b KWG bzw. Änderungen in Bezug auf neue Prozesse, neue Produkte oder Märkte steuert und überwacht. Bei wesentlichen Änderungen von Systemen bzw. der Aufbau- und Ablauforganisation der Bank sind vorab die Auswirkungen auf bestehende Kontrollverfahren unter Einbindung der Risikocontrolling-, Compliance- und Revisionsfunktionen zu untersuchen. Im 1. Halbjahr 2018 wurden keine materiellen Risiken identifiziert.

Im Bereich der IT-Infrastruktur und der Prozessorganisation sind zur Risikobegrenzung und Risikovermeidung Notfallpläne und Maßnahmenkataloge vorhanden. Darüber hinaus verfügt die Bank im Rahmen der Vorsorgeplanung zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in Krisensituationen über ein Notfallrechenzentrum. Der für das IT-Risikomanagement gewählte kombinierte Ansatz aus Grundschutz und objektbezogen detaillierter Risikoanalyse richtet sich nach dem vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) herausgegebenen Vorgehensmodell.

In Bezug auf bestehende Rechtsrisiken der Bank ist darauf hinzuweisen, dass zum 30. Juni 2018 in einem Fall ein Gerichtsverfahren rechtshängig war, welches von der Dexia Kommunalbank Deutschland gewährte variabel verzinsten Darlehen betrifft, darunter zwei Darlehen, deren Verzinsung an die Wechselkursentwicklung des Schweizer Franken zum Euro gekoppelt ist (Restkapitalstand 3,1 Millionen Euro). Die Dexia Kommunalbank Deutschland ist den Ansprüchen entgegengetreten, die in diesem Verfahren gegen sie erhoben werden. In erster Instanz wurde dieses Verfahren vollumfänglich zugunsten der Dexia Kommunalbank Deutschland entschieden.

In zwei weiteren Gerichtsverfahren sind Klagen von Genussscheingläubigern gegen die Dexia Kommunalbank Deutschland anhängig mit Streitwerten, die sich insgesamt im niedrigen einstelligen Millionenbereich bewegen. Bei den beiden Klägern handelt es sich zum einen um eine Beteiligungsgesellschaft und zum anderen um deren Gesellschafter-Geschäftsführer. Bezüglich der Klage mit dem weitaus größeren Streitwert wurde in einem ersten, noch nicht rechtskräftigen Teilurteil im März 2017 hinsichtlich des weit überwiegenden Streitgegenstands zugunsten der Dexia Kommunalbank



Deutschland entschieden. Lediglich hinsichtlich einer geringen Teilforderung war die Sache noch nicht entscheidungsreif und wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. In dem zweiten Verfahren hat das Gericht in erster Instanz zugunsten der Dexia Kommunalbank Deutschland entschieden. Gegen beide Urteile wurde inzwischen von dem Kläger Berufung eingelegt. Die Bank ist unter Berücksichtigung der in vergleichbaren Fällen bereits ergangenen Rechtsprechung zuversichtlich, dass die beiden Klagen vollumfänglich und endgültig abgewiesen werden.

ZUSAMMENFASSEND E DARSTELLUNG DER RISIKOSITUATION

Mit der Umsetzung des überarbeiteten Plans zur geordneten Restrukturierung der Dexia-Gruppe vom 28. Dezember 2012 wurde für die Gruppe – und damit auch für die Dexia Kommunalbank Deutschland – ein nachhaltig stabiler Rahmen für die weitere Geschäftstätigkeit geschaffen.

Die Risikosituation der Bank verbesserte sich im 1. Halbjahr 2018 wesentlich.

Neben der natürlichen Amortisation des Darlehens- und Wertpapierportfolios führte der Verkauf eines Wertpapierportfolios zu einem Abbau von Risikoaktiva und einem Rückgang des Refinanzierungsbedarfs der Bank. Der Anteil von lediglich 1,4 % des Kreditportfolios mit einem Non-Investmentgrade-Rating (31. Dezember 2017: 3,2 %) verbleibt weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Die Credit Spreads bei Forderungen gegen staatliche Stellen der Euro-Peripheriestaaten Italien, Portugal und Spanien haben sich im 1. Halbjahr 2018 erhöht. Die betroffenen Forderungen an Krediten und Wertpapieren belaufen sich auf 1.055 Millionen Euro (31. Dezember 2017: 4.360 Millionen Euro) und konnten somit wesentlich reduziert werden. Eine Ausweitung der Risikoaufschläge für diese Forderungen würde sich weiterhin tendenziell negativ auf die Risikolage der Bank auswirken.

Die Auslastung der Risikotragfähigkeit im Going-Concern-Ansatz ist im Berichtszeitraum auf 25,4 % (31. Dezember 2017: 78,6 %) gesunken. Das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial stieg, trotz Zwischenauszahlung, um 49,2 Millionen Euro, da die Mindestkapitalanforderungen aufgrund des Rückgangs der Risikoaktiva stark gesunken sind. Die Risikobeträge speziell für das Kredit- und Refinanzierungsrisiko sind signifikant zurückgegangen. Ausschlaggebend ist der zuvor beschriebene Verkauf eines Wertpapierportfolios.

Die Liquiditätssituation der Bank präsentierte sich weiterhin auskömmlich. Durch die ergriffenen Maßnahmen, bei anhaltend guter Marktentwicklung, konnten der Refinanzierungsbedarf wesentlich reduziert und dadurch Refinanzierungskosten sowie der Liquiditätsbedarf der Bank weiter optimiert werden.

Die gesamten Eigenmittel der Bank beliefen sich zum 30. Juni 2018 auf 557,2 Millionen Euro (31. Dezember 2017 nach Feststellung des Jahresabschlusses: 683,7 Millionen Euro), das Kernkapital betrug 556,9 Millionen Euro (31. Dezember 2017: 664,6 Millionen Euro). Die CET1-Quote stieg auf 44,4 % (31. Dezember 2017: 25,9 %), die Gesamtkapitalquote auf 44,5 % (31. Dezember 2017: 26,7 %). Beide Kapitalquoten liegen deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Es haben sich nach dem Bilanzstichtag keine Entwicklungen ergeben, die zu einer geänderten Darstellung der Risikosituation Anlass geben würden.

INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Informationsmanagement

Sämtliche risikobezogenen Informationen werden zentral im Risikomanagement erfasst, im Rahmen des Berichtswesens systematisch verarbeitet und den Entscheidungsträgern täglich – bei Bedarf auch untertäglich – zur Verfügung gestellt. Die zuständigen Mitarbeiter haben durch das DV-System ebenfalls Zugang zu den Analyseergebnissen. Ein funktionsfähiger, ziel- und empfängergerechter Informationsfluss sorgt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dexia Kommunalbank Deutschland für ein hohes Maß an Risikobewusstsein.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung einschließlich korrekter Abschlussinformationen zu gewährleisten.

Die Abteilung Rechnungswesen ist verantwortlich für das Hauptbuch und die regelmäßige Überwachung und Anpassung der Rechnungslegung an gesetzliche sowie regulatorische Änderungen. Für die Bestandsführung der Bankgeschäfte in den Nebenbüchern und die technische Abwicklung ist die Abteilung Backoffice zuständig. Die Bewertung von Finanzinstrumenten erfolgt durch die Abteilung Risikocontrolling, die Bewertung von Kreditrisiken obliegt der Kreditabteilung. Diese Informationen werden dem Abschlusserstellungsprozess folgend weiterverarbeitet. Die Verantwortlichkeiten sind im Organisationshandbuch geregelt. Es liegen Stellenbeschreibungen für sämtliche mit dem Rechnungslegungsprozess betraute Mitarbeiter vor. Sie sind der Marktfolge zugeordnet. Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar.

Das Kontrollsystem der Dexia Kommunalbank Deutschland besteht einerseits in Form von organisatorischen Regelungen

und integrierten DV-gestützten Kontrollen. Darüber hinaus sind außerhalb der DV-gestützten Kontrollen weitere regelmäßige und einzelfallabhängige Kontrollen installiert.

Die Dexia Kommunalbank Deutschland setzt die Software SAP ERP bzw. SAP-kompatible Module als integrierte Gesamtbanklösung ein. Damit werden ein ununterbrochener Datenfluss gewährleistet und Übertragungen in andere DV-Anwendungen bzw. manuelle Eingriffe weitgehend vermieden. Mittels eines anhand der Zuständigkeiten ausgerichteten Zugriffs- und Berechtigungskonzepts bestehen Kontrollen, um unbefugte Eingriffe in den Rechnungslegungsprozess zu verhindern. Weiterhin sind die Funktionen bei der Erfassung der Geschäfte der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereiche klar voneinander getrennt. Die Geschäfte werden von den Marktteilungen im Nebenbuch erfasst und dann vom Backoffice im Wege des Vier-Augen-Prinzips geprüft und freigegeben (Deal Certainty Policy). Die weiteren Zwischen- und Endergebnisse der Verarbeitung der erfassten Daten werden mittels Abstimmungen mit Zeitreihenanalysen und Soll-Ist-Vergleichen analysiert, durch eine enge Abstimmung zwischen Risikocontrolling und Rechnungswesen auf Plausibilität geprüft und gegebenenfalls einzelfallbezogen betrachtet.

Die Abteilung Rechnungswesen ist in den Neue-Produkte-Prozess eingebunden. Dadurch wird sichergestellt, dass eine regelkonforme und ordnungsgemäße Rechnungslegung von neuen nicht routinemäßigen Geschäftsvorfällen erfolgt.

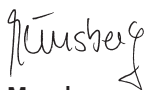
Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Innenrevision mit wechselnden Prüfungsschwerpunkten überwacht.

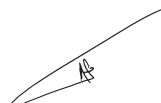
Im Rahmen des Managementinformationssystems erfolgt eine zeitnahe Berichterstattung in Form von handelsrechtlichen Monatsabschlüssen an die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung unterrichtet mindestens quartalsweise den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse regelmäßig über die aktuelle Geschäftsentwicklung. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Berlin, den 29. August 2018

Dexia Kommunalbank Deutschland GmbH

Die Geschäftsführung


Munsberg


Fritsch



ZWISCHENABSCHLUSS 2018 DER DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND GMBH



VERKÜRZTE BILANZ DER DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND GMBH ZUM 30. JUNI 2018

20 Aktiva

	in Euro	in Euro	30.06.2018 in Euro	31.12.2017 in Tsd. Euro
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.721,18		1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		184.059.167,60		44.469
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	184.060.888,78	0
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		211.502.647,29		303.106
c) andere Forderungen		3.177.562.424,51	3.389.065.071,80	4.722.120
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		32.637.422,31		34.354
b) Kommunalkredite		12.329.351.271,88		12.946.937
c) andere Forderungen		195.628.648,10	12.557.617.342,29	173.089
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1.818.481.943,31			4.987.972
bb) von anderen Emittenten	695.640.284,52	2.514.122.227,83		1.182.714
c) eigene Schuldverschreibungen		4.676.277,56	2.518.798.505,39	5.501
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0,00	0
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			0,00	0
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	0
9. Treuhandvermögen			0,00	0
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		285.772,69		336
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	285.772,69	0
12. Sachanlagen			7.846.792,93	4.375
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände			7.575.125,02	5.387
15. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		147.272.393,23		155.435
b) andere		59.392.895,16	206.665.288,39	59.189
16. Aktive latente Steuern			0,00	0
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			0,00	0
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0
Summe der Aktiva			18.871.914.787,29	24.624.985

21 Passiva

	in Euro	in Euro	30.06.2018 in Euro	31.12.2017 in Tsd. Euro
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		0,00		0
b) begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		277.314.539,52		291.160
c) andere Verbindlichkeiten		<u>2.393.440.981,95</u>	2.670.755.521,47	6.660.234
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		0,00		0
b) begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		11.587.675.988,61		11.965.149
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	0,00			0
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>0,00</u>	0,00		0
d) andere Verbindlichkeiten		<u>1.396.736.507,53</u>	12.984.412.496,14	1.220.378
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen		0,00		0
ab) Öffentliche Pfandbriefe	2.317.246.857,75			3.471.864
ac) sonstige Schuldverschreibungen	<u>10.001.857,53</u>	2.327.248.715,28		10.173
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	2.327.248.715,28	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			0,00	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten			148.878.860,84	138.887
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		11.126.950,35		11.873
b) andere		<u>87.540.010,79</u>	98.666.961,14	150.355
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		0,00		0
b) Steuerrückstellungen		144.025,67		277
c) andere Rückstellungen		<u>3.568.696,60</u>	3.712.722,27	5.328
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			10.000.000,00	20.000
9. Genusssrechtskapital			0,00	14.343
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	0
11. Eigenkapital				
a) Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	432.500.000,00			432.500
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00	432.500.000,00		0
b) Kapitalrücklage		132.464.604,96		348.685
c) Gewinnrücklagen				0
ca) gesetzliche Rücklage	0,00			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00		50.702
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		63.274.905,19	628.239.510,15	-166.923
Summe der Passiva			18.871.914.787,29	24.624.985
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		12.671.030,65		43.052
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	12.671.030,65	0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		0,00	0,00	0



VERKÜRZTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER DEXIA KOMMUNALBANK DEUTSCHLAND GMBH FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 30. JUNI 2018

22 Aufwendungen

	in Euro	in Euro	01.01.–30.06.2018 in Euro	01.01.–30.06.2017 in Tsd. Euro
1. Zinsaufwendungen			1.440.943.548,22	1.079.058
2. Provisionsaufwendungen			1.060.594,92	1.167
3. Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	3.062.451,82			3.068
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>526.183,60</u>	3.588.635,42		565
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		<u>10.191.850,05</u>	13.780.485,47	12.846
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			224.514,66	234
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9.774,34	4
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	14.321
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	0
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
10. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,00	0
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen			7.883,86	8
13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			0,00	0
14. Überschuss			63.274.905,19	0
Gesamt			1.519.301.706,66	1.111.270

23 Erträge

		01.01.–30.06.2018	01.01.–30.06.2017
	in Euro	in Euro	in Tsd. Euro
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.412.920.489,69		977.698
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	66.338.004,11	1.479.258.493,80	132.883
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,00		0
b) Beteiligungen	0,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		0,00	0
4. Provisionserträge		185.396,26	260
5. Nettoertrag des Handelsbestands		0,00	0
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		36.020.466,70	0
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		140.135,96	236
8. Sonstige betriebliche Erträge		3.697.213,94	59
9. Außerordentliche Erträge		0,00	0
10. Erträge aus Verlustübernahme		0,00	0
11. Fehlbetrag		0,00	134
Gesamt		1.519.301.706,66	1.111.270



VERKÜRZTER ANHANG

Der Halbjahresabschluss zum 30. Juni 2018 wurde gemäß § 115 Wertpapierhandelsgesetz nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Pfandbriefgesetzes sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute aufgestellt. Die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees werden beachtet. Im Halbjahresabschluss zum 30. Juni 2018 wurden dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt wie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017.

Die Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen der Posten in der verkürzten Bilanz und der verkürzten Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Zwischenlagebericht gegeben.

Der Zwischenabschluss und der Zwischenlagebericht zum 30. Juni 2018 wurden weder entsprechend § 317 HGB geprüft noch einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer unterzogen.


VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

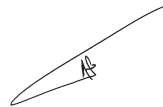
Wir versichern, dass der Halbjahresfinanzbericht nach unserem besten Wissen unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Wir versichern weiterhin, dass im Lagebericht nach unserem besten Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB beschrieben sind.

Berlin, den 29. August 2018

Dexia Kommunalbank Deutschland GmbH

Die Geschäftsführung


Munsberg


Fritsch



